

Die Zukunft der Europäischen Union
Wer schützt den Wald?
**Waldpolitik in Deutschland, in der EU
und auf internationaler Ebene**

EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Sonderheft EU-Rundschreiben
Jahrgang 15 (2006), Heft 02/03
ISSN 1861-0072

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

**Redaktion/DNR Geschäftsstelle Berlin/
EU-Koordination und Internationales**

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,
10405 Berlin

Ulrike Tröger (ut), Nika Greger, Bjela Vos-
sen, Thomas Frischmuth, Matthias Bauer,
Deborah Bernsdorf

Tel. 030 / 443391-85, -86, Fax -80

eMail: nika.greger@dnr.de

www.eu-koordination.de

DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: info@dnr.de

www.dnr.de

Abonnement-Verwaltung

Thomas Kreuzberg, Geschäftsstelle Bonn

eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de

Technik

Layout: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Pegasus Druck, Berlin

Gastartikel

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Kürzung und redaktio-
nelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehal-
ten. Mit Namen gezeichnete Beiträge ge-
ben nicht unbedingt die Meinung der Re-
daktion/des Herausgebers wieder.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird
und die Rechte Dritter gewahrt bleiben.
Die Redaktion freut sich über ein Beleg-
exemplar.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bun-
desumweltministerium und vom Umwelt-
bundesamt gefördert. Die Förderer über-
nehmen keine Gewähr für die Richtigkeit,
Genauigkeit und Vollständigkeit der Anga-
ben sowie für die Beachtung der Rechte
Dritter. Die geäußerten Ansichten und
Meinungen müssen nicht mit denen der
Förderer übereinstimmen.

Wer schützt den Wald?

Liebe Leserinnen und Leser,

der Frühling steht vor der Tür und die ersten warmen Sonnenstrahlen laden zu einem Spaziergang im Wald ein. Der herrliche Anblick von blühenden Buschwindröschen inmitten eines zartgrünen Buchenwaldes wird den Winter schnell in Vergessenheit geraten lassen. Danach sitzen wir vielleicht noch für ein Gläschen Wein in einer Wirtschaft an einem rustikalen Eichentisch. Abends vor dem Einschlafen lesen wir noch ein paar Seiten in einem Buch. Für die meisten EU-Bürger/innen sind der Wald und die aus ihm gewonnenen Produkte eine Alltäglichkeit. Genauso wie die anderen „Dienstleistungen“ des Waldes wie saubere Luft, angenehmes Klima, Boden- und Trinkwassererhalt, Artenvielfalt...

Doch was tun wir dafür, dass die für uns lebensnotwendigen Wälder auch in Zukunft noch funktionstüchtig sein können? Erstaunlich wenig!

Es mangelt noch immer an konsequenten rechtlichen Rahmenbedingungen und auch politischem Willen, um den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Wälder zu gewährleisten. Seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio wird die Notwendigkeit des Waldschutzes auf dem politischen Pakett immer wieder betont - vor allem im Zusammenhang mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt und dem Klimaschutz. In den verschiedensten Gremien haben sich unverbindliche Absichtserklärungen institutionalisiert. Doch die wenigen Abkommen zum Waldschutz schaffen nur langsam den Weg in die Umsetzung, und in den Einfuhrvorschriften für Holzprodukte fehlt eine ernst zu nehmende Kontrolle der gesamten Handelskette auf Legalität und Nachhaltigkeit.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Bilanz des globalen Waldschutzes mehr als ernüchternd ausfällt. Durch die kurzsichtige Ausbeutung von Holzressourcen gehen weltweit jährlich über 13 Millionen Hektar Wald verloren - zur Hälfte sehr artenreiche, meist noch unerforschte Primärwälder. Abzüglich Aufforstung, Renaturierung und Aufgabe unrentabler Agrarstandorte sind es immer noch 7,3 Millionen Hektar Wald, die effektiv pro Jahr von der Erde verschwinden.

Anlässlich des 6. Waldforums der Vereinten Nationen im Februar in New York wirft dieses Sonderheft einen Blick auf die Wälder der Erde, der EU und Deutschlands.

Schon seit dem Erdgipfel in Rio 1992 wird auf internationaler Ebene über ein Regime für Wälder diskutiert und verhandelt. Nach fast 15 Jahren Verhandlung ist der Erfolg jedoch äußerst gering.

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich bisher immer gescheut Kompetenzen über ihre Wälder an die EU abzutreten. Die EU hat daher keine gemeinsame Wald- und Forstpolitik. Schritte in diese Richtung sind die EU-Forststrategie und ein in Erarbeitung befindliches Aktionsprogramm. Mit welchem Ergebnis, das liegt nicht nur bei den Brüsseler Beamten und Politiker/innen, sondern auch bei Umwelt- und Naturschutzverbänden in den Ländern.

Auch die Bemühungen um den Wald in Deutschland etwa im Rahmen des Nationalen Waldprogramms stehen nach langen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen immer wieder vor Hindernissen. Zentrale Entscheidungen fallen im Sommer dieses Jahres. Sie entscheiden über den Erfolg eines siebenjährigen Prozesses.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen kommt den Wäldern in den politischen Debatten neue Bedeutung zu - zum Beispiel als Kohlenstoffspeicher im Rahmen des Kyoto-Protokolls oder als Lieferant nachwachsender Rohstoffe zur Energiegewinnung.

Wälder sind Wirtschafts-, Lebens-, Erholungs- und Naturräume. Ihre vielfältigen Funktionen führen zu Interessenkonflikten, die dringend politisch gelöst werden müssen. Wie weit diese politischen Prozesse auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene gediehen sind, können Sie in den Beiträgen dieses Sonderheftes lesen. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Ulrike Tröger,
DNR Berlin, EU-Koordination

2 Impressum

3 Editorial

- Wer schützt den Wald?

5 Internationale Waldpolitik

- Internationale Waldpolitik:
Eine kritische Analyse
- 6. UN-Waldforum:
Gute Ziele -schwacher Prozess
- Regionale Waldabkommen im
globalen Kontext
- Wald, Naturschutz und Klimawandel
- Tropenwaldschutz und
Armutsminderung
- Illegale Holzwirtschaft in Sibirien
- Kann FLEG(T) Wälder retten?

22 Waldpolitik in der EU

- Begrenzte Möglichkeiten einer
EU-Waldpolitik
- Energetische Waldholznutzung

27 Waldpolitik in Deutschland

- Wälder der FFH-Richtlinie in
Deutschland
- Bayern: Natura-2000-
Gebietsmanagement im Wald
- Das Nationale Waldprogramm
- FSC-Zertifizierungen in Deutschland

35 Service

Abkürzungen

ASEAN	Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
CAR	Corrective Action Requests (Auflagen und Bedingungen in Zertifizierungsberichten des FSC)
CBD	Convention on Biological Diversity (Übereinkommen über die biologische Vielfalt)
CCAD	Comisión Centroamericana de Ambiente y Desarrollo (Zentralamerikanische Kommission für Umwelt und Entwicklung)
CDM	Clean Development Mechanism (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung)
COFLAC	Comisión Forestal para America Latina y el Caribe (Waldkommission für Lateinamerika und die Karibik)
COMIFAC	Commission en charge des Forêts d'Afrique Centrale (Kommission der Zentralafrikanischen Forstminister)
COP	Conference of Parties (Vertragsstaatenkonferenz)
EAFRD	European Agricultural Fund for Rural Development (Europäischer Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung)
ECOPAPUA	Nichtregierungsorganisation in Indonesien
ECOSOC	Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen)
ENA-FLEG	Europe and North Asia Forest Law Enforcement and Governance (Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor im europäischen und nordasiatischen Raum)
FAO	Food and Agriculture Organisation (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen)
FCK	Forstchefkonferenz
FERN	Forests and the European Union Resource Network (Netzwerk für Wälder und Ressourcen in der Europäischen Union)
FFH-RL	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU von 1992
FLEGT	Forest Law Enforcement, Governance and Trade (Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor)
FRA	Forest Resource Assessment (Wald-Ressourcen-Bewertung)
FSC	Forest Stewardship Council
GD	Generaldirektion (der Europäischen Kommission)
GEF	Global Environment Facility (Globale Umweltfazilität)
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
LANA	Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz
LULUCF	Land-use, land-use change and forestry (Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft)
NGO	Nichtregierungsorganisation
OTCA	Organización del Tratado de Cooperación Amazónica (Organisation des amazonischen Kooperationsvertrages)
SPA	Special Protected Areas (Besondere Schutzgebiete bestimmt nach FFH-RL)
StMLF	Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change (Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen)
UNFF	United Nations Forum on Forests (Waldforum der Vereinten Nationen)

Das 6. UN-Waldforum: Eine kritische Analyse

Das UN-Waldforum ist nutzlos, will aber weitermachen

Als die Journalisten des Online-Umweltdienstes Earth Negotiations Bulletin die Ergebnisse der 6. Konferenz des UN-Waldforums im Februar 2006 analysierten, begannen sie mit Auszügen aus dem Pink-Floyd-Song „Wish you were here“: „We're just two lost souls / Swimming in a fish bowl / Year after year / Running over the same old ground / What have we found? / The same old fears / Wish you were here.“

So gut beschrieben haben sich in diesem Jahr dieselben fruchtlosen Diskussionen, Verhandlungen und Ergebnisse wiederholt, die es schon in Rio 1992, bei Rio+5 1997 und 2000 bei der Gründung des UN-Waldforums UNFF gab. Ein konkretes, rechtlich verbindliches Instrument zum Schutz der Wälder der Erde kam nicht zustande. Leider wurde durch die Entscheidung UNFF fortzuführen ein „Schrecken ohne Ende“ statt eines „Endes mit Schrecken“ beschlossen.

Die Bedrohung der letzten Urwälder verlangt sofortiges Handeln

Auf dem Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung 2002 in Johannesburg vereinbarten die Regierungschefs, den irreversiblen Artenverlust bis 2010 deutlich zu verlangsamen. Heute sind wir weit davon entfernt dieses Ziel zu erreichen. Die Mehrheit der Landlebewesen lebt in Urwäldern, die meisten in den letzten großen zusammenhängenden Waldgebieten. Da wir die Wälder der Erde mit einer nie da gewesenen Schnelligkeit vernichten, ist das Risiko ihres Aussterbens dramatisch gestiegen. Noch heute werden neue Arten in den Wäldern entdeckt. Viele könnten aussterben, noch bevor wir überhaupt von ihrer Existenz erfahren.

Das 2005 veröffentlichte „Millennium Ecosystem Assessment“¹ kommt zu dem Schluss, dass die zunehmende Schädigung der Ökosysteme durch die industrielle Ausbeutung rasant fortschreitet und zu einem Verlust der Artenvielfalt und zur Zerstörung der Lebensgrundlagen der

Menschen, besonders in den ärmsten Regionen, führt. Innerhalb der letzten zwei Jahre sind Umweltverschmutzung, Armut und Elend größer geworden. Der Druck auf natürliche Ressourcen steigt weiter.

Die kürzlich erschienene Studie „Forest Resources Assessment“² (FRA) der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO hat erneut die dramatische Reduktion der letzten Urwälder betont. Der Verlust von Wäldern wird auf weit mehr als 13 Millionen Hektar pro Jahr weltweit geschätzt. Alle zwei Sekunden wird eine Fußballfeld-große Waldfläche zerstört.

Ein Schrecken ohne Ende: Das UN-Waldforum

Ohne öffentliche Beachtung ging Ende Februar die 6. Sitzung des UN-Waldforums zu Ende. Es gab keine substantiellen Ergebnisse, jedoch eine Abschlusserklärung. Darin wurde im Wesentlichen das Fortbestehen des UN-Waldforums beschlossen. Bislang hat dieses Forum jedoch keinen Nachweis erbracht, auch nur ansatzweise zur Eindämmung des globalen Waldverlustes beigetragen zu haben. Bewusst mit einem zeitlich begrenzten Mandat ausgestattet, sollte es eigentlich nach einer vernichtenden Kritik fast aller Mitgliedstaaten - auf der Sitzung gestärkt, das heißt rechtlich verbindlicher werden.

Verantwortliche für das Scheitern

Seit 1992 wehrt sich vor allem Brasilien gegen ein rechtlich verbindliches internationales Waldinstrument, da es eine Einmischung „von außen“ in den Umgang mit dem größten tropischen Urwaldgebiet Amazoniens befürchtet, ohne dass gleichzeitig finanzielle Unterstützung von der internationalen Gebergemeinschaft zur Verfügung gestellt würde.

In der derzeitigen geopolitischen Gesamtlage leuchtet es wohl jedem ein, dass mit den USA derzeit keine rechtlich verbindliche UN-Konvention zu einem Bereich zustande kommen kann, der auch große US-Firmen der Papier- und Holzindustrie beschränken würde. Der deutschen Bundesregierung, erneut eine der Hauptstreite-

rinnen für eine Waldkonvention, war das offenbar nicht klar. Seit Rio wurde es im internationalen waldpolitischen Prozess im UNFF-Rahmen vermieden, über zwei Kernregelungsbereiche ernsthaft zu verhandeln:

1. Rechtliche Regelung des internationalen Handels mit Holz und Papier - bei über 200 Mrd. \$ Umsatz keine Marginalie. Aus vielen Ländern wird der Rohstoff - häufig illegal abgeholzt - auf den Weltmarkt geworfen. Die Profiteure aus den großen Industrienationen können derzeit rechtlich nicht belangt werden.
2. Walderhalt ist nur dann möglich, wenn er sich volks- und betriebswirtschaftlich in einer Legislaturperiode mehr rentiert als Abholzung, Degradierung oder Umwandlung in Ackerland. Trotz andauernder Lippenbekenntnisse der Industrieländer sind die wenigsten dazu bereit, mehr Geld für den internationalen Waldschutz zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen bestehender Geldtöpfe (z. B. Entwicklungszusammenarbeit) fordern auch die Partnerländer den Waldschutz nur sehr selten ein.

Die ungeklärten (Land-)Rechte der Menschen, die schon seit Jahrhunderten in einem Urwald leben, sind ein weiterer Hinderungsgrund für einen ernst gemeinten Waldschutz. Staaten wie die USA, Kanada, Australien, Neuseeland oder Finnland sind nicht bereit, die Nutzungsrechte an der wertvollen Ressource Holz sowie die Landrechte von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften anzuerkennen.

Deutschland: Festgefahren im politischen Vakuum

Die deutsche Bundesregierung hat sich seit der Rio-Konferenz für eine Waldkonvention stark gemacht. Sie scheiterte nicht nur 1992 in Brasilien, sondern auch 1997, 2000 und 2006 bei dem Versuch, eine völkerrechtlich verbindliche Regelung zu erzielen. Wie kann ein solches Ansinnen - noch dazu in Zeiten des ausgeprägten US-Unilateralismus - erklärt werden, ohne an den analytischen Fähigkeiten der Politiker/innen zu (ver-)zweifeln?

Die Bundesregierung argumentierte stets, - dass die Forstleute „was Eigenes“ haben wollten - wie Lorient so schön sagte. Reicht das aus, um die Ver(sch)wendung von Steuermillionen zur Vorberei-

1 Millennium Ecosystem Assessment, 2005. Ecosystems and Human Well-being: Biodiversity Synthesis. World Resources Institute, Washington, DC.

2 FRA (Global Forest Resource Assessment), FAO, Rom 2005, www.fao.org/forestry - Die Studie weist nach Expertenaussagen wesentliche methodische Mängel auf, z. B. bei der Definition von Wäldern: hierzu zählen auch industriell genutzte Plantagen

tung und Durchführung nutzloser UNFF-Konferenzen gegenüber den Bürger/innen zu rechtfertigen, wenn gleichzeitig die letzten Urwälder in ungeheurem Umfang verschwinden? Nein!

- dass die bestehende, völkerrechtlich verbindliche Konvention über Biologische Vielfalt (CBD), die eine echte Alternative zum UNFF-Prozess darstellt, nur den Naturschutzaspekt im Fokus habe. Das ist erklärtermaßen falsch. Die CBD ist das einzige globale Abkommen, das alle Aspekte von Artenvielfalt berücksichtigt. Es ist das erste, das den Schutz von Biologischer Vielfalt als „gemeinsame Sorge der Menschheit“ und integralen Bestandteil von nachhaltiger Entwicklung anerkennt. Die Konvention befasst sich mit Naturschutz und nachhaltiger Nutzung ebenso wie mit einem gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen. Sie beinhaltet zudem den Schutz des traditionellen Wissens indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und unterstützt die traditionelle Nutzung von natürlichen Ressourcen (z. B. Gummizapfen). Die Konvention über Biologische Vielfalt ist wichtig, um zu den zerstörerischen Vereinbarungen im Rahmen der WTO-Handelsliberalisierung ein Gegengewicht für die Belange des Natur- und Ressourcenschutzes sowie zur Wahrung der Rechte indigener Völker zu schaffen.

Die deutsche Bundesregierung ist in der Vergangenheit zu den Verhandlungen mit hohen Erwartungen an die Durchsetzung der rechtlichen Verbindlichkeit angereist - allerdings mit leeren Koffern. Ohne ein attraktives Anreizsystem lassen sich die Entwicklungsländer nicht mehr zu einer Konvention „überzeugen“.

Die Zivilgesellschaft in Deutschland, allen voran die umwelt- und entwicklungspolitischen Verbände, können den Kurs der Bundesregierung überhaupt nicht nachvollziehen. Denn gerade dieser Kurs hat den UNFF-Prozess und das UNFF-Sekretariat mehrfach vor den Kopf gestoßen. In der Positionsentwicklung für die UNFF-Verhandlungen hat das federführende Bundesverbraucherministerium weder 2005 noch 2006 eine Anhörung von Interessenvertretern organisiert. Die internationale Waldpolitik der Bundesregierung im UNFF wird zudem (fast) ohne teilnehmendes Interesse auf der politischen Lei-

tungsebene sowie im Parlament abgestimmt. Im Schatten der Neuwahlen sowie der neuen Regierungsbildung haben wenige Bundesbeamte mit einigen regierungsnahen Programmberater/innen ihren alten, erfolglosen Kurs durchgezogen.

Die internationale Waldpolitik muss sich umorientieren

Im vergangenen November hat sich Papua-Neuguinea bei den Klimaverhandlungen in Montreal mit seinem Vorschlag durchgesetzt, die Möglichkeiten zu prüfen, wie „vermeidene Entwaldung“ künftig vor allem für Entwicklungsländer in das Klimaregime eingebunden werden kann. Ein interessanter Vorschlag, wo doch schätzungsweise 10-25 Prozent des anthropogenen CO₂ aus der globalen Entwaldung stammt. Zwar tun sich hier viele Fallstricke auf, jedoch auch einige Chancen.

Das UN-Waldforum ist auf seiner 5. und 6. Sitzung im Mai 2005 und im Februar 2006 daran gescheitert, ein rechtlich verbindliches multilaterales Abkommen zu Wäldern zu verabschieden. Das zeigt: Die CBD und ihr Arbeitsprogramm zur biologischen Vielfalt der Wälder sowie zur Einrichtung eines globalen Netzwerkes von Schutzgebieten müssen eine zentrale Rolle für den Urwaldschutz und für die nachhaltige Nutzung und die gerechte Verteilung von Vorteilen spielen, die bei der Nutzung dieser wertvollen Ressource entstehen.

Die Regierungen müssen auf der diesjährigen Vertragsstaatenkonferenz zu Biodiversität (COP8) konkrete Entscheidungen zum Urwaldschutz sowie zur Eindämmung des Holzhandels aus illegaler Abholzung treffen. Ohne konkrete Entscheidungen verhindern sie unwiederbringlich, dass unseren zukünftigen Generationen eine existenzielle Lebensgrundlage gesichert ist, dass sie vom Reichtum der Biologischen Vielfalt auf unserem Planeten profitieren können. 2008 wird die Biodiversitätskonvention Bilanz ziehen und die notwendigen Weichen stellen müssen.

Aber die Biodiversitätskonvention hat gegenüber dem UNFF folgende Vorteile:

- Die USA sind kein stimmberechtigter Vertragsstaat der Konvention und können so nur eingeschränkt konkrete Beschlüsse verhindern.

- Die Konvention ist rechtsverbindlich und mit einem Finanzierungsmechanismus ausgestattet (Globale Umweltfazilität, GEF). Um die Ziele der Konvention zu erreichen, muss der globalen Urwaldzerstörung Einhalt geboten werden.
- Mit dem vor vier Jahren beschlossenen „2010-Biodiversitäts-Ziel“, den Verlust an Biodiversität bis 2010 weitgehend zu stoppen, stehen alle Staats- und Regierungschefs in der Pflicht.
- Unvergleichlich viele zivilgesellschaftliche Organisationen aus Umwelt und Entwicklung drängen auf die Umsetzung der Konvention und beteiligen sich aktiv daran.

Deutsche Politik ist gefragt

Die neue Bundesregierung sollte die Chance zur Neuausrichtung der internationalen Waldpolitik ergreifen. Zunächst müssten alle möglichen finanziellen (Steuergelder!) und technischen Zusagen an das UNFF auf Eis gelegt werden, auch die geplante „Open-ended Working Group“. Ein Runder Tisch zur Rolle Deutschlands in der internationalen Waldpolitik sollte die politische Leitungsebene der relevanten Bundesministerien, Parlamentarier/innen und zivilgesellschaftliche Gruppen zusammenbringen und eine neue Position der deutschen Bundesregierung erörtern. Die Zerstörung der letzten Urwälder der Erde lässt uns keine Zeit, weiter Sackgassen wie UNFF zu verfolgen und eine mögliche konzentrierte Umsetzung der bestehenden walddirelevanten Konventionen zu Biodiversität und Klima erneut zu vertagen. Wenn es um den Erhalt der globalen Wälder und die entsprechenden politischen Prozesse geht, darf Pink Floyd mit „Wish you were here“ nicht Recht behalten! ■

Gastautor: Martin Kaiser, Greenpeace

• Weitere Informationen

Greenpeace, Martin Kaiser, Waldreferent, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618 321, Fax -100
eMail: martin.kaiser@greenpeace.de
www. greenpeace.de

Das 6. UN-Waldforum: Gute Ziele - schwacher Prozess

Die Ergebnisse aus Sicht der Bundesregierung

Viel stand auf dem Spiel. Nach dem Scheitern der 5. Sitzung des Waldforums des Vereinten Nationen (UNFF) im Mai 2005 - wegen Uneinigkeit in der Staatengemeinschaft über das weitere Vorgehen - drohte bei erneuter Nicht-Einigung das Ende des Prozesses. Eine planmäßige Mittelzuweisung für das UNFF als besonderes Unterorgan des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Vereinten Nationen (ECOSOC) aus dem Haushalt der Vereinten Nationen wäre ohne eindeutiges Mandat für die nächsten Jahre zweifelhaft gewesen. Am Ende schien die Erhaltung des UNFF für viele die bestimmende Kraft gewesen zu sein - denn keinem anderen Fachsektor ist das Privileg vergönnt, ein solches spezielles Gremium und damit eine eigene Stimme im System der Vereinten Nationen zu haben. Das eigentliche Ziel von UNFF 6 - eine Stärkung des bisherigen Prozesses - wurde wie so häufig bei internationalen Konferenzen nicht eindeutig erreicht. Die Bewertung muss vielmehr differenziert ausfallen.

Die Ergebnisse

Erstmals in der Geschichte wurde Einigung bei den Vereinten Nationen auf vier klare globale Kernziele für die internationale Waldpolitik erreicht:

1. Umkehr des Trends von Verlust an Waldflächen durch nachhaltige Forstwirtschaft, Schutz, Wiederherstellung, Aufforstung und Wiederbewaldung; Steigerung der Bemühungen Walddegradation zu verhindern;
2. Förderung der von den Wäldern ausgehenden ökonomischen sozialen und ökologischen Leistungen, einschl. Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, die von Wäldern abhängig sind;
3. Signifikante Erhöhung des Flächenanteils geschützter Waldgebiete weltweit und anderer Gebiete nachhaltig bewirtschafteter Wälder; Steigerung des Anteils von Forstprodukten aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern;
4. Umkehr des Rückgangs an öffentliche Entwicklungshilfe für nachhaltige Wald-

bewirtschaftung sowie Mobilisierung neuer und zusätzlicher Finanzmittel in signifikanter Höhe aus allen Quellen für die Durchführung nachhaltiger Forstwirtschaft.³

Die Vorbereitungen für die Formulierung solcher Kernziele reichen lange zurück und beruhen auf Vorschlägen Deutschlands und der EU im Jahr 2004 zur künftigen Neuausrichtung des Prozesses. Ihnen lag die Erfahrung der vergangenen Jahre zugrunde, dass der Umgang mit hundert von - rechtlich unverbindlichen - Aktionsvorschlägen⁴ den Blick auf das Ganze und damit das Wesentliche verstellte und damit die Politikebene nicht ausreichend sensibilisieren konnte. Gleichzeitig hatte sich gezeigt, dass mit diesen Aktionsvorschlägen auch die Praxis, das heißt im Wesentlichen die Forstverwaltungen, in den meisten Ländern nicht erreicht wurde. Die Fokussierung auf wenige, politisch sichtbare Kernziele, nach denen der künftige Prozess auszurichten wäre, sollte dies ändern.

Stärkere Verzahnung mit Millennium-Entwicklungszielen

Des Weiteren sollte quasi im Nachhinein eine klare Verbindung zu den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (Millennium Development Goals/MDGs) hergestellt werden, bei denen die Wälder mehr oder weniger vergessen worden sind, zu deren Erreichung die Wälder jedoch umfassende Beiträge liefern. Mit dieser Verbindung erhofft sich die forstliche Fachwelt zweierlei: Zum einen wiederum größere politische Aufmerksamkeit für die Waldzerstörungsproblematik und die damit verbundenen ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen. Zum anderen Anbindung an die derzeit übergeordneten Prozesse des „Mainstreams“ wie Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung etc., über die auch der Zugang zu

³ Der Bericht mit den Beschlüssen von UNFF 6 kann in Kürze auf www.un.org/esa/forests eingesehen werden. Die Beschlüsse sind formal zunächst nur als Vorschläge anzusehen, die in der Folge von ECOSOC in eine UN-Resolution gefasst werden müssen. Erst dann haben sie formale Gültigkeit.

⁴ Agenda 21 und Walderklärung von Rio sowie in der Folge rund 270 Handlungsempfehlungen des Intergovernmental Panel on Forests (IPF) und des Intergovernmental Forum on Forests (IFF) zuzüglich ca. 130 aus dem CBD-Arbeitsprogramm für biologische Vielfalt der Wälder.

Finanzmitteln für wald-relevante Entwicklungsprojekte erleichtert werden kann.

Ziel 1 schreibt nun zum ersten Mal die Waldfläche der Erde als in Quantität und Qualität zu sichernde Größe fest. Ziel 2 spiegelt in Verbindung mit den die Ziele einleitenden Ausführungen die Verbindung des Walderhaltungsziels mit den globalen Entwicklungszielen wieder. Mit Ziel 3 wird das Ziel der nachhaltigen Waldbewirtschaftung, einschließlich Erhöhung der Schutzgebietsflächen, weltweit festgehalten. Ziel 4 schließlich stellt das für die Entwicklungsländer bedeutende Ziel der Mobilisierung ausreichender Ressourcen für die Einführung nachhaltige Waldbewirtschaftung dar, ohne das eine Zustimmung zu den anderen Zielen nicht erreicht worden wäre.

Mit der Einigung auf diese globalen Ziele, die im Wesentlichen bereits bei UNFF 5 vorläufig vereinbart waren, wurde ein wesentlicher Schritt von dem über anderthalb Jahrzehnte üblichen Verweisens auf die nationale Souveränität hin zur globalen Verantwortung getan - ein Schritt, der vor 15 Jahren in Rio noch undenkbar gewesen wäre.

Größeres Gewicht von Regionalabkommen

Als weiteres Ergebnis konnte eine stärkere Einbindung der Regionalprozesse, verbunden mit einem Herunterfahren der jährlichen internationalen UNFF-Sitzungen auf einen Zweijahreszyklus, vereinbart werden. Damit wird künftig auf die im Waldbereich sehr aktiven und zahlreichen regionalen Institutionen, Konventionen und Prozesse⁵ intensiver zurückgegriffen werden. Diese sollen künftig bei der Förderung der Umsetzung internationaler Handlungsempfehlungen in den Ländern sowie bei der Vorbereitung eines regionalen Feedbacks an UNFF eine wesentlich stärkere Rolle spielen - ein Schritt, der künftig größere Gewähr für die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und damit für die Akzeptanz der international vereinbarten Maßnahmen bietet.

⁵ Eine aktuelle Übersicht enthält die „Regional Organizations Matrix“, vorbereitet für ein Expertentreffen im November 2005 in Berlin (zu finden auf der UNFF-Website unter „Governmental and Organization Led Initiatives für UNFF 6“).

Widerstand gegen verbindliche Ziele

Diese positiven Ergebnisse in zwei wesentlichen Punkten werden durch die schwache Sprache in den übrigen Teilen der Resolution wieder relativiert. So wurde für die Erreichung der globalen Waldziele zwar ein Zeitziel (2015) vereinbart. Eine Zustimmung der Entwicklungsländer, allen voran Brasilien und der Gruppe der afrikanischen Staaten, konnte aber erst durch eine Formulierung im Einleitungstext erreicht werden, die dieses Zeitziel sehr stark abschwächt („agrees ... to make progress toward their achievement by 2015“). Das bedeutet im Klartext, dass nicht das Ziel als solches, sondern jedwede Bestrebung zur Zielerreichung bereits ausreicht. Alle Versuche, gerade der EU, diese Formulierung wenigstens mit Worten wie „signifikanter/klarer/nachweisbarer“ (Fortschritt Richtung Zielerreichung) zu qualifizieren, scheiterten. An dieser Stelle offenbarte sich der geringe politische Wille, selbst in einem Zeitraum von 10 Jahren (!) tatsächlich einen solchen Fortschritt zu erreichen, bzw. die Befürchtung, ihn sowieso nicht zu erreichen. Der zu erwartenden kritischen Überprüfung sollte daher von vorneherein der Wind aus den Segeln genommen werden. Es wird nun erheblicher Anstrengungen der Staaten- und insbesondere der Gebergemeinschaft bedürfen, um mit diesem Ergebnis und insbesondere über die Verbindung der Waldziele mit den MDGs neues Momentum für die Walderhaltung zu erzeugen.

Umsetzung der Ziele auf nationaler Ebene

Zur Umsetzung der globalen Ziele sind die Staaten aufgefordert, unter anderem nationale Ziele festzulegen, die zu deren Erfüllung beitragen, sowie diese mit nationalen Politiken und Maßnahmen zu unterlegen. Die Formulierungen folgen auch hier dem üblichen weichen VN-Sprachgebrauch. Es darf daher abgewartet werden, inwieweit diese freiwilligen Verpflichtungen zu tatsächlichen Aktionen führen werden. Der von der EU eingebrachte Vorschlag der Einführung eines neuen Konsultationsmechanismus, über den Länder auf deren eigenen Wunsch Unterstützung, die Durchführung von gegenseitigen Evaluierungen (so genannten Peer Reviews) und ein multilateraler Dialog zu Umsetzungsfragen angeboten werden sollte, wurde trotz dessen ausdrücklicher Freiwilligkeit mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Völkerrechtliches Instrument weiterhin ablehnend beurteilt

Vor diesem Hintergrund ist ein weiteres Ergebnis von UNFF 6 von besonderem Interesse, nämlich die Entscheidung, bis zum nächsten Jahr ein völkerrechtlich nicht verbindliches Instrument auszuarbeiten. Die Einigung hierüber entspringt freilich unterschiedlichen Beweggründen: Für die Gegner eines völkerrechtlich verbindlichen Instruments für die Wälder - wie Brasilien und USA - ist dies ein weiterer Versuch, die Diskussion um ein solches ein für alle Mal zu beenden oder zu entschärfen. Für die Befürworter eines Rechtsinstrumentes hingegen ist dies nach langen Jahren des vergeblichen Bemühens zumindest ein Einstieg, der die Möglichkeit zur Vertrauensbildung und langfristigen Weiterentwicklung in Richtung rechtlicher Verbindlichkeit eröffnet. Von letzteren wurde daher Wert darauf gelegt, dass bei der erneut vorgesehenen Überprüfung des UNFF-Prozesses im Jahr 2015 auch die Option des Rechtsinstrumentes wieder auf der Tagesordnung steht.

Ablehnung weicht an einigen Stellen auf

Interessant ist, dass sich die bisher im Block der G77 auftretenden Entwicklungsländer wegen der zu großen Interessensunterschiede inzwischen in Gruppen präsentieren. Dabei führt Brasilien z. B. die Gruppe der Amazonasländer an, die sich weiter jeder Einmischung von Außen wehren, während die Gruppe der lateinamerikanischen Staaten mit Mexiko, Guatemala, Costa Rica, Chile und Argentinien die EU im Kampf für ein stärkeres Waldinstrument unterstützt. Diese Konstellation erschwert zwar die Verhandlungsführung, bietet aber auch Chancen für neue Allianzen.

Aufgaben des nächsten Waldforums

UNFF 7 ist für April 2007 vorgesehen. Dort wird neben der erwähnten Verhandlung eines nicht rechtlich verbindlichen Instrumentes für die Wälder vor allem die Verabschiedung eines Mehrjahresprogramms für UNFF auf der Agenda stehen. Dies wird sodann auch für die Regionalprozesse eine Vorgabe sein, nach der sie ihre Beiträge in den zwei jeweils dazwischen liegenden Jahren ausrichten und Feedback zur internationalen Ebene organisieren können.

Insgesamt zeigte sich bei UNFF 6 erneut, dass der für das Aufhalten der dramatischen Waldzerstörungen weltweit notwendige politische Wille nicht ausreichend vorhanden ist. Immerhin handelt es sich bei UNFF nicht um ein forstliches Fachgremium, sondern ein Forum der Vereinten Nationen, bei dem ein Großteil der Regierungen sich durch ihre Botschaften offiziell vertreten lassen. Es bleibt abzuwarten, ob im Rahmen anderer Instrumente, wie z. B. des Übereinkommens zur biologischen Vielfalt (UNCBD) oder des Klimarahmenübereinkommens (UNFCCC) andere Signale beobachtet werden können. Die Vorzeichen dafür stehen nicht sonderlich gut. Es bleibt nichts anderes übrig, als weiter auf allen Ebenen für dieses Thema zu sensibilisieren und um verstärkte politische Unterstützung zu werben. ■

Gastautor: Matthias Schwoerer, BMELV, Leiter der deutschen UNFF6-Delegation

• Weitere Informationen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Referatsleiter Nachhaltige Forstwirtschaft internationale Walderhaltung, MR Matthias Schwoerer, Dienstsitz Bonn, Rochusstr. 1, 53123 Bonn
Tel. 0228 / 529 3348, Fax -4276
eMail: 534@bmelv.bund.de
www.bmelv.de

The United Nations Forum on Forests (UNFF) Secretariat, DC1-1245, One UN Plaza, New York, NY 10017, USA
Tel. 001 212 963-3160, -3401
Fax 001 917 3673186
eMail: unff@un.org
www.un.org/esa/forests

Regionale Waldabkommen im globalen Kontext

Amazonaspakt, Puenbo-Initiative, Kongobeckenpartnerschaft

Auf dem Erdgipfel zu Umwelt und nachhaltiger Entwicklung, der 1992 in Rio stattfand, hat sich die internationale Staatengemeinschaft dazu verpflichtet, die biologische Vielfalt zu schützen und alle Wälder dieser Erde zu bewahren, nachhaltig zu bewirtschaften und zu entwickeln. Seitdem sind enorme Anstrengungen unternommen worden, um weltweit den dramatischen Verlust der Wälder zu stoppen und deren Beitrag zur nationalen wirtschaftlichen Entwicklung und Armutsreduzierung hervorzuheben. Doch trotz aller internationalen Anstrengungen konnte der Entwaldung bisher kein Einhalt geboten werden: Weltweit gehen jährlich rund 15 Millionen Hektar Wald verloren, und es ist keine Umkehrung dieses Trends in Sicht.

Es wird immer offensichtlicher, dass die Konsequenzen von Waldzerstörung in einem Land, z. B. die Wasserverknappung in Flüssen, sich oft auch in Nachbarländern bemerkbar machen, ja sie sind inzwischen mit der Verschlechterung des Weltklimas auch global spürbar. Immer häufiger finden sich daher mehrere Länder einer Region zusammen, um regionale Ansätze zu entwickeln, die die grenzüberschreitenden natürlichen Ressourcen erhalten sollen, und um gemeinsam ihre Politiken und rechtlichen Rahmenbedingungen abzustimmen.

Die Rolle der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit

Deutschland ist einer der größten bilateralen Geber im Bereich Tropenwaldschutz und hat in den letzten Jahren seine Unterstützung für regionale Waldpolitik-Prozesse erweitert, insbesondere für Anstrengungen der Partnerländer zur gemeinsamen Abstimmung von regionalen Strategien und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Ziel ist es zum einen, die vielfältigen Funktionen der Wälder zu erhalten, und zum anderen, einen konkreten Beitrag zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Dies beinhaltet u.a. die Förderung kohärenter Rahmenpolitiken für den Wald in den Ländern mit Beteiligung aller Betroffenen, die Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags oder

auch die Unterstützung bei der Mitgestaltung und Umsetzung der internationalen Waldpolitik.

Der Amazonaspakt

Das Amazonasgebiet, das mit rund acht Millionen km² größte zusammenhängende Regenwaldregion der Erde, erstreckt sich über acht Staaten: Bolivien, Brasilien, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Peru, Surinam und Venezuela. Mit der Unterzeichnung des Amazonaspaktes im Jahre 1978 in Brasilia haben die acht Mitgliedstaaten eine politische Plattform für eine engere Kooperation gebildet.

Seit den 90er Jahren stellt die politische Agenda des Amazonaspaktes im Kontext Umweltpolitik und natürliche Ressourcen drei Zielachsen in den Vordergrund. Diese sind:

- die wirtschaftliche Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen der Region zum Wohle der Amazonasstaaten und zur Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen
- der Erhalt der natürlichen Ressourcenbasis durch aktive Umweltpolitik und nachhaltige Nutzung und
- die Wahrung der Souveränität der Amazonasstaaten bei der Ressourcennutzung.

Vom Pakt zur Organisation

Bis zum Jahre 2003 hatte der Amazonaspakt nur einen unter den jeweiligen Außenministerien der Mitgliedstaaten rotierenden temporären Vorsitz. Einen entscheidenden Schub erlebte der Amazonaspakt durch die Einrichtung eines ständigen Sekretariats des Amazonaspaktes mit Sitz in Brasilia.

Das relativ kleine Sekretariat des Amazonaspaktes gewann schnell an politischem Gewicht. Der vom Generalsekretariat als Zukunftsbild der Handlungs- und Politikfelder der Organisation erarbeitete „Strategische Plan 2004 - 2012“ wurde durch die Außenministerkonferenz der Mitgliedstaaten legitimiert. Mit dieser politischen Mandatierung durch acht Staaten besitzt die Amazonaspaktorganisation ein besonders hohes Potenzial zur Umsetzung dieser Vereinbarungen.

Der Bereich Schutz und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen des Amazonasbeckens hat im strategischen Plan einen prioritären Stellenwert erhal-

ten. Ein zweites Handlungsfeld mit besonders hoher Relevanz für die künftige Nutzung und Bewirtschaftung des Amazonasökosystems ist die regionale Integration und Wettbewerbsfähigkeit durch Infrastrukturerschließung. In ihrer Kombination tragen die Handlungsfelder der Tatsache Rechnung, dass die Zerstörung von Wald und Biodiversität im wesentlichen eine Konsequenz von sektorfremden Politiken ist, im Verbund mit dem Fehlen einer gemeinsamen Vision von nachhaltiger Entwicklung für Amazonien als Wirtschafts-, Lebens- und Naturraum. Die Infrastrukturerschließung des Amazonasraums zur Anbindung an internationale Vermarktungswege, Erschließung und Waldumwandlung durch Agroindustrie und extraktive Industrien bei gleichzeitiger Unterbewertung von Umweltgütern und -leistungen verlangen nicht nur walddpolitische Antworten, sondern auch Antworten aus Raumordnung und regionaler wie globaler Umweltökonomie.

Die Umsetzung einer regionalen Strategie

Die Umsetzung einer gemeinsamen Naturressourcenpolitik wird vom Generalsekretariat des Amazonaspaktes komplementiert durch strategische Regionalprogramme und Initiativen, die die Vielzahl walddrelevanter Akteure zu grenzübergreifender Zusammenarbeit befähigen sollen. Die Koordination walddrelevanter Akteure aus den Sektoren der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und der indigenen Bevölkerung für eine effektive Partizipation in strategischen Entscheidungen über natürliche Ressourcen ist dabei jedoch noch eine der Herausforderungen für die Zukunft.

Die Programme, die bisher zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen aufgelegt wurden, umfassen das integrierte und nachhaltige Management von grenzübergreifenden Wasserressourcen im Wassereinzugsgebiets Amazoniens, die Entwicklung einer regionalen Strategie zur nachhaltigen Nutzung von Biodiversität und die Entwicklung eines regionalen Biotrade-Programms. Unterstützt wird der Amazonaspakt dabei von der internationalen Gebergemeinschaft.

Die meisten der Mitgliedstaaten des Amazonaspaktes haben sich in internationalen Abkommen zum Schutz und zur nachhal-

tigen Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen verpflichtet. Das Generalsekretariat unterstützt die Mitglieder bei der anstehenden Umsetzung dieser Verpflichtungen. Es bereitet z. B. die Teilnahme der Amazonasstaaten am internationalem Waldforum der Vereinten Nationen vor und koordiniert die Abstimmung wesentlicher Politiken im Waldbereich, die eine Antwort auf grenzüberschreitende Probleme in der Amazonasregion geben, wie z. B. die Einführung von regionalen Kriterien und Indikatoren für nachhaltige Waldwirtschaft, oder von Kontrollsystemen gegen den illegalen Holzeinschlag und -handel.

Der Amazonaspakt ist auf dem besten Weg, die vielfältigen Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung für die kulturelle und biologische Vielfalt der Region, die von einseitig ökonomischen Interessen bedroht ist, zu nutzen.

Der Puenbo-Prozess

Viele Länder Lateinamerikas diskutieren die nachhaltige Nutzung und den Schutz ihrer Wälder und gestalten dementsprechend ihre nationale Waldpolitik. Der Austausch dieser Erfahrungen und die Abstimmung der Waldpolitiken sind jedoch nicht nur zwischen den Amazonasländern wichtig. Vielmehr muss der gesamte Kontinent in diesen Dialog einbezogen werden, will man dem Waldverlust in Lateinamerika effektiv Einhalt gebieten. Drei regionale Organisationen, OTCA, die Zentralamerikanische Kommission für Umwelt und Entwicklung (CCAD) und die FAO-Waldkommission für Lateinamerika und die Karibik (FAO/COFLAC), haben daher über die „Puenbo-II-Initiative“ eine Plattform für einen kontinentweiten Walddialog eingerichtet.

Ziel ist es, eine Diskussion zwischen den Ländern und den Regionen Lateinamerikas zu Themen anzuregen, die von gemeinsamen Aktionen profitieren. Vier Schlüsselthemen wurden im Vorfeld dafür identifiziert:

- gute Regierungsführung,
- die Bewertung von Umweltdienstleistungen des Waldes und Finanzierungsmechanismen für nachhaltige Waldwirtschaft,
- der Einfluss anderer Sektoren auf den Wald sowie
- die Umsetzung internationaler Prozesse auf nationaler Ebene.

In mehreren nationalen und regionalen Workshops und Konferenzen sollen bis 2007 zu diesen Themen in einem partizipativen Prozess Ansätze, Umsetzungsvorschläge und Empfehlungen für die nationale, regionale und auch internationale Ebene entwickelt werden.

Auf diese Weise wird die Puenbo-II-Initiative Licht auf die politische Bedeutung von Waldressourcen für Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung werfen. Puenbo II wird dazu beitragen, nicht nur die verschiedenen Ebenen von national über regional zu international miteinander zu verbinden, sondern auch die sektorübergreifende Zusammenarbeit zu fördern. Auf diese Weise wird die Stellung von Wald in politischen Entscheidungen wesentlich gestärkt.

Blick in andere Regionen: Südostasien

1967 wurde die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) gegründet mit dem Ziel, wirtschaftliche Integration, sozialen Fortschritt und Sicherheit in ihren zehn Mitgliedsländern zu beschleunigen. Bis Ende der neunziger Jahre spielte Wald für die Gemeinschaft allerdings nur eine Rolle als (scheinbar) unerschöpfliche Quelle von Holz für den heimischen und internationalen Markt. Doch die große Wirtschaftskrise der Jahre 1997/98, die die Armut in etlichen der Mitgliedsländer verschlimmerte und die Abhängigkeit eines Großteils der Bevölkerung von Waldprodukten verdeutlichte, sowie die verheerenden Waldfeuer und die illegale Abholzung haben den ASEAN-Ländern gezeigt, dass die unkontrollierte Ausbeutung von Wäldern nicht nur negative ökologische und soziale Folgen hat, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsländer behindert.

Die ASEAN Vision 2020 bezeugt daher den Willen der Mitgliedsländer, gemeinsam daraufhin zu wirken, dass Waldwirtschaft ein Vorbild für nachhaltige Entwicklung wird. Weiterhin bezeugt sie den Willen, sich auf gemeinsame Regeln und Maßnahmen zu einigen, um grenzübergreifende Umweltprobleme zu lösen. Ein Umweltaktionsplan sieht u.a. einen regionalen Rahmen vor, der es erlaubt, Umweltaspekte in politische Entscheidungen zu integrieren. Die Zukunft wird zeigen, ob es der Gemeinschaft gelingt, ihren Fokus von Wettbewerbsaspekten des Holzmarktes hin zu einer ganzheitlichen Sichtweise

zu verlagern, die die vielfältigen Funktionen von Wäldern berücksichtigt.

Das Kongobecken

Sechs Anrainerstaaten teilen sich das zweitgrößte zusammenhängende Waldgebiet der Erde, das Kongobecken im Herzen Afrikas. Es ist eines der größten Schätze an Artenvielfalt und 20 Millionen Menschen bietet es Nahrung und Unterkunft. Unkontrollierte Abholzung durch internationale Holzfirmen, aber auch wandernde Kleinbauern, setzen dieser einzigartigen Lebensreserve allerdings sehr zu. 1999 kamen daher die Regierungschefs der Anrainerländer in Yaoundé zusammen, um sich in der Yaoundé-Erklärung zum ersten Mal gemeinsam dazu zu verpflichten, länderübergreifende Schutzgebiete einzurichten, ihre Waldpolitiken aufeinander abzustimmen und neue Ansätze für die nachhaltige Nutzung von Wäldern zu entwickeln. Als politisches und fachliches Entscheidungsgremium richteten die Länder die Kommission der zentralafrikanischen Forstminister (COMIFAC) ein. Sie verabschiedeten einen Aktionsplan für nachhaltige Waldbewirtschaftung, der eine Reihe von nationalen und regionalen Maßnahmen zu Schutz und nachhaltiger Entwicklung definiert.

Die internationale Gemeinschaft hat dieses Vorgehen als positives Zeichen des politischen Willens der zentralafrikanischen Länder gewertet und unterstützt mit der Kongobeckenwaldpartnerschaft, bestehend aus 30 staatlichen bilateralen und multilateralen Partnern, lokalen Regierungen und internationalen NROs, die neue regionale Gemeinschaft bei der Umsetzung ihrer Pläne. Ausschlaggebend für den Erfolg der regionalen Gemeinschaft wird in Zukunft sein, ob es gelingt, die indigene und lokale Bevölkerung in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen.

Regionale Ansätze im globalen Rahmen

Im November 2005 trafen sich über 150 Experten aus 87 Ländern in Berlin, um u.a. darüber zu beraten, welche Rolle regionale Waldprozesse, Partnerschaften oder Gremien in einem internationalen Waldabkommen spielen könnten. Könnten regionale Prozesse z. B. bei der Umsetzung solch eines Abkommens auf Länder-ebene einen zusätzlichen Nutzen bieten? Inzwischen haben nicht nur die Länder, sondern auch der internationale Waldpoli-

tikdialog die Vorzüge von regionalen Prozessen erkannt:

- Sie können ein gemeinsames Verständnis unter Ländern zu Themen aufbauen, die den Wald betreffen. So können sie die beteiligten Länder dabei unterstützen, die Maßnahmen, die im internationalen Waldpolitikdialog beschlossen wurden, für ihre nationale Ebene zu interpretieren und nötige Schritte zur Umsetzung einzuleiten.
- Sie können Synergien zwischen Ländern fördern durch Austausch von Informationen, Erfahrungen und Expertise
- Regionale Gemeinschaften können ein größeres politisches und wirtschaftliches Gewicht entwickeln als einzelne Länder, indem sie die Interessen ihrer Mitglieder bündeln. So können auch regionale Positionen häufig effektiver bei internationalen Treffen verhandelt werden als Positionen einzelner Länder.
- Regionale Initiativen können gemeinsame Rahmenbedingungen für nachhaltige Waldbewirtschaftung schaffen, Technologietransfer und den Aufbau von Kapazitäten gewährleisten und so die Umsetzung auf Länderebene anleiten.

Bei dem Expertentreffen zeigte sich aber auch, dass die Herausforderungen für regionale Prozesse und Gemeinschaften mindestens genauso vielfältig sind. Dazu gehört u. a. die politische und institutionelle Stärkung von regionalen Organisationen, damit diese ihre Mitgliedsländer bei der Umsetzung regionaler und internationaler Beschlüsse unterstützen können. Hierfür müssen die Länder den Regionalorganisationen ein Mandat erteilen, das es ihnen erlaubt zu überprüfen, zu bewerten und darüber zu berichten, wie Mitgliedsländer ihren regional und international eingegangenen Verpflichtungen nachkommen. Es muss sichergestellt werden, dass die Interessen aller Gruppen vertreten werden, nicht nur die der Regierungsorganisationen. Und es dürfen Waldangelegenheiten nicht nur innerhalb des Waldsektors diskutiert werden, sondern mit allen Sektoren, die einen Einfluss auf den Wald haben oder von ihm profitieren, sei es der Wirtschafts-, Bergbau- oder Agrarsektor.

Es besteht inzwischen kein Zweifel mehr, dass regionale Ansätze für nationale Initiativen und globale Abkommen sehr hilfreich sein können. Sie sind jedoch kein

Ersatz für nationales und globales Engagement. Nur wenn alle drei Ebenen zusammenwirken, wird dem Waldverlust Einhalt geboten werden können. ■

Gastautorinnen: Wibke Thies und Claudia Mayer, GTZ

• Weitere Informationen

GTZ, International Forest Policy IWP,
Dr. Wibke Thies, Dag-Hammarskjöld-
Weg 1-5, 65760 Eschborn
Tel. 06196 / 79-6354, Fax -806354
eMail: wibke.thies@gtz.de
www.gtz.de

GTZ, Proyecto Conservación del
Bosque Tropical de la Amazonía, Dr.
Claudia Mayer, San Salvador E7-134;
Martin Carrión, Sector La Pradera E7,
Quito, Ecuador
Tel. 005932-2223699, Fax -2567953
eMail: claudia.mayer@gtz.de
www.gtz-amazonia.org
www.otca.br.org

Wald, Naturschutz und Klimawandel

Bedeutung von Wäldern für den globalen Kohlenstoff-Haushalt

Die Tatsache, dass sich eine Klimaänderung nicht mehr vollständig abwenden lässt, ist inzwischen allgemeiner wissenschaftlicher und politischer Konsens. Die mit zunehmender Tendenz auftretenden Witterungsextreme der letzten Jahre, mit Dürren, Stürmen, Starkregen und Hochwasser, haben die Problematik weltweit sichtbar gemacht. Hauptverursacher des Klimawandels ist die Anreicherung von Treibhausgasen in der Atmosphäre, die zu einer Erhöhung der globalen Durchschnittstemperaturen führt. Die globalen Treibhausgas-Emissionen beliefen sich im Jahr 1990 auf 30,2 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalent.

Wälder stehen in einem komplexen Austauschverhältnis mit der Atmosphäre und sind auf vielfältige Weise in das globale Klimageschehen eingebunden. Rund 20 bis 25 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen gehen auf die Zerstörung von Waldökosystemen zurück - durch erhöhte CO₂-Emissionen aus dem Boden wegen fehlender Waldbedeckung und CO₂-Freisetzung durch Holzverbrennung. Andererseits stellt die Bindung von CO₂ in Holz und Holzprodukten über die Photosynthese (im Vergleich zu Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz oder zur Förderung der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen) eine kostengünstige und effiziente Möglichkeit dar, bereits emittiertes CO₂ der Atmosphäre wieder zu entziehen. In Deutschland werden so jährlich rund 30 Mio. Tonnen CO₂ der Atmosphäre wieder entzogen; dies entspricht etwa 14 Prozent der deutschen Reduktionsverpflichtungen. Global betrachtet stellen Waldökosysteme die größten Kohlenstoffspeicher der lebenden, terrestrischen Biosphäre dar. Allerdings ist fraglich, ob die Anpassungsfähigkeit der Waldökosysteme aufgrund der langen Lebenszyklen der sie prägenden Bäume mit der durch den Klimawandel bedingten Verschiebung der Vegetationszonen mithalten kann. Kommt es zu einem Verlust an Waldflächen, würde auch der in ihnen gespeicherte Kohlenstoff wieder freigesetzt.

Während die Anpassung von Wäldern an die gesicherten oder vermeintlichen Auswirkungen des Klimawandels eher passi-

ven bzw. reaktiven Charakter haben und durch ein hohes Maß an Komplexität und Unsicherheit geprägt sind, lassen sich Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels im Waldbereich eher als proaktives Handeln charakterisieren. Sie zeichnen sich durch einen großen Spielraum zur forst- und umweltpolitischen Mitgestaltung aus. Es ist jedoch unbestritten, dass die Förderung der biologischen Senkenfunktion von Wäldern das Klimaproblem nicht lösen kann, sondern allenfalls hilft, Zeit zu gewinnen für die Entwicklung effizienterer Technologien, Produktionsmethoden und Transportmittel. Letztendlich existieren zwischen beiden Bereichen sowohl harmonische als auch konfligierende Zielbeziehungen.

Im Mittelpunkt der nachstehenden Ausführungen stehen Maßnahmen der Forst- und Holzwirtschaft, die darauf abzielen, den weiteren Anstieg des CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre zu verlangsamen.

Die Wald-Holz-Option

Aus wald- und forstwirtschaftlicher Sicht bestehen verschiedene Möglichkeiten der biologischen und technischen CO₂-Minderung, die so genannte „Wald-Holz-Option“.

1. Erhalt und Schutz bestehender Wälder

Jährlichen werden weltweit rund 13 Millionen Hektar Wald durch Entwaldung insbesondere in den tropischen und borealen Regionen vernichtet (FAO 2005) und entlassen rund 6 Mrd. Tonnen CO₂ jährlich in die Atmosphäre. Der Erhalt und Schutz bereits bestehender Wälder als Kohlenstoffspeicher ist daher das mit Abstand wichtigste und effizienteste Handlungsgebot zum Schutz des globalen Klimas. Neben der Kohlenstofffreisetzung ist die Vernichtung von Wäldern in der Regel mit dem unwiederbringlichen Verlust an biologischer Vielfalt, der Zerstörung von Boden und Wasserressourcen sowie der wichtigsten Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung verbunden.

2. Aufforstung und natürliche Wiederbewaldung

Unter den waldbaulichen Maßnahmen zur aktiven Mehrung von Kohlenstoffspeichern stellt die Aufforstung bzw. das Zulassen natürlicher Wiederbewaldungsprozesse bisher unbewaldeter Flächen die einzige auch mengenmäßig relevante Option dar.

Weltweit wird das CO₂-Bindungspotential durch Aufforstung/Wiederaufforstung bis 2010 auf jährlich 197 bis 584 Mio. t Kohlenstoff geschätzt (IPCC 2001).

Inwieweit die Einrichtung von Plantagen die Vernichtung von Primärwäldern beschleunigt oder aber den Druck auf Primärwälder verringert, wird kontrovers diskutiert. Ökologische Bewirtschaftungsstandards forstwirtschaftlicher Zertifizierungssysteme wie z. B. des Forest Stewardship Council (FSC) können dazu beitragen, Umweltschäden so weit wie möglich zu minimieren.

3. Kohlenstoffökologische

Optimierung der Bewirtschaftung

Waldbauliche Maßnahmen zur kohlenstoffökologischen Optimierung der Bewirtschaftung tragen für sich genommen nur in geringem Umfang zur Verbesserung der CO₂-Bilanz bei. Zu den Maßnahmen, die auf eine Erhöhung des langfristigen Kohlenstoffvorrates abzielen, zählen u.a.:

- die Erhöhung der mittleren Bestandsvorräte,
- Verzicht auf CO₂ freisetzende Produktionsmethoden,
- die Erhöhung des Anteils an Totholz im Bestand,
- die Regeneration/Wiederbewaldung von degradierten Flächen.

Viele der genannten Maßnahmen entsprechen den Prinzipien naturnaher Waldbauverfahren und sind aus Naturschutzsicht positiv zu beurteilen. Im „Normalfall“ kann jedoch über die Bewirtschaftung nicht mehr Kohlenstoff akkumuliert werden als in unbewirtschafteten Beständen gebunden wird. Im Gegenteil kann die Nicht-Bewirtschaftung von Wäldern deren Senkenfunktion für Kohlenstoff signifikant verstärken. Flächenstilllegungen und Nutzungsverzichte können sich daher sowohl kohlenstoffökologisch als auch naturschutzfachlich als Alternative anbieten.

Besonderheiten von Wäldern als Kohlenstoff-Senken

Um die Bedeutung der Waldoption für den Klimaschutz richtig einschätzen zu können, darf diese gleichwohl nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Besonderheiten von Wäldern als Kohlenstoff-Senken gegenüber anderen Bereichen gesehen werden. Vor allem folgende Merkmale sind dabei hervorzuheben:

- **Permanenz:** In Wäldern gebundener Kohlenstoff kann durch Kalamitäten wie z. B. Feuer wieder freigesetzt werden. Auch ist noch offen, wie Wälder auf eine Verschiebung der Vegetationszonen reagieren werden. Kommt es zu einem Verlust an Waldflächen, würde auch der in ihnen gespeicherte Kohlenstoff wieder freigesetzt. Ein 100prozentiges Vertrauen auf die Dauerhaftigkeit der Kohlenstoffbindung in Wäldern unter Zurückstellung der Bemühungen zur technischen C-Minderung in anderen Sektoren könnte so zu einem späteren Zeitpunkt die Klimaschutzziele in Frage stellen.
- **Multifunktionalität:** Waldökosysteme erfüllen häufig auf derselben Fläche eine Vielzahl verschiedener ökologischer, ökonomischer und sozialer Funktionen; insbesondere beherbergen sie eine spezifische biologische Vielfalt. Kohlenstoffvorratsänderungen und Maßnahmen haben damit unmittelbare Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und wirken nicht nur über Emissionen und den da-

durch verursachten Klimawandel. Sie können vielfältige positive externe Effekte für Gesellschaft, Wasserversorgung, Artenvielfalt und Bodenschutz generieren oder aber diese im Extremfall negativ beeinflussen. Gleiches gilt für die Anpassungsfähigkeit von Wäldern.

- **Variabilität:** Aufnahme und Emissionen von CO₂ durch Aktivitäten im Waldbereich können größeren Schwankungen unterliegen als in den Sektoren Industrie und Energie. Für den Aufbau von Kohlenstoffspeichern sind erheblich längere Zeiträume erforderlich als für deren Freisetzung, die durch die Zunahme extremer Witterungsereignisse weiter beschleunigt wird. Eine Trennung von anthropogen induzierten Kohlenstoff-Änderungen von natürlichen Schwankungen ist zurzeit nicht möglich.
- **Speichersättigung:** Die Speicherkapazität von Kohlenstoff in terrestrischen Ökosystemen unterliegt natürlichen Grenzen und ist durch die Verfügbarkeit von Land

begrenzt. Es bestehen noch immer erhebliche wissenschaftliche Unsicherheiten, was die Senkenkapazitäten, die Stoffkreisläufe und Interdependenzen zumal unter veränderten Klimabedingungen angeht.

Produktspeicher, Energie- und Materialsubstitution

Nach der Ernte setzt Holz seine klimaökologische Wirkung fort, solange die Freisetzung des durch die Photosynthese gebundenen Kohlenstoffs verhindert wird (sog. Holzoption). Im Rahmen der normalen forstlichen Bewirtschaftung geerntetes Holz, aber auch Holz aus Kalamitätsnutzungen und Kahlschlägen wird zu kurz- und langlebigen Holzprodukten weiterverarbeitet, die den Gesamtvorrat an gespeichertem Kohlenstoff vergrößern (Produktspeicher). Erhebliche CO₂-Minderungspotentiale ergeben sich schließlich durch die Substitution fossiler Brennstoffe (Energie-substitution) sowie den gleichwertigen Ersatz energieaufwendig herzustellender Materialien (Materialsubstitution) durch

Tab. 1: Die wichtigsten walddrelevanten Regelungen des Kyoto-Protokolls

Artikel 3.3: Die Bindung und Abgabe von CO₂ durch Aufforstung und Entwaldung seit 1990 im Verpflichtungszeitraum 2008 bis 2012 wird auf die nationale Reduktionsverpflichtung der Annex-B-Staaten (Industriestaaten mit quantifizierten Emissionsbegrenzungsverpflichtungen) angerechnet (verpflichtend). (Natürliche Wiederbewaldungsprozesse, denen ein hoher Stellenwert für die Sicherung autochthoner Bestockungselemente und damit der natürlichen Biodiversität zukommt, fließen in die Berechnung nicht mit ein.)

Artikel 3.4: Zusätzliche Senkeneffekte durch gezielte forstwirtschaftliche Maßnahmen in bestehenden Wäldern, können auf die nationalen Verpflichtungen der Annex B-Staaten (s.o.) angerechnet werden (optional). Wenn Deutschland diese Möglichkeit nutzt, kann diejenige Menge Kohlenstoff auf die nationale Emissionsmenge angerechnet werden, die in deutschen Wäldern im Zeitraum 2008 bis 2012 gebunden wird. Allerdings ist die Anrechnung auf ein Kontingent von insgesamt 22 Mio. t CO₂ begrenzt, um ausschließlich die durch anthropogene Bewirtschaftungsmaßnahmen erwirkte Kohlenstoff-Anreicherung zu berücksichtigen.

Artikel 6: Joint Implementation (JI) erlaubt die kooperative Umsetzung von Projekten zur Emissionseinsparung zwischen zwei Annex-I-Staaten (Industrieländer plus ehemalige Ostblockländer). Gutschriften aus JI-Projekten können grundsätzlich erst ab 2008 generiert und nach den Regeln des internationalen Emissionshandels gehandelt werden.*

Artikel 12: Clean Development Mechanisms (CDM) erlauben Annex-I-Ländern (s.o.) durch Aufforstungs- und Wiederbewaldungsprojekte mit Nicht-Annex-B-Staaten (Entwicklungs- oder Schwellenländern) erworbene Emissionszertifikate auf ihre nationalen Reduktionsverpflichtungen anzurechnen. CDM-Projekte sollen dazu beitragen, die nachhaltige Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern zu unterstützen. Gutschriften für LULUCF-Aktivitäten (siehe S. 4) werden nur für Aufforstungsprojekte vergeben und nur für die zusätzliche Emissionsminderung gegenüber einer Referenzentwicklung. Außerdem sind sie auf jährlich 1 % der Basisjahremissionen des Vertragsstaates beschränkt und zeitlich befristet, um der begrenzten Dauerhaftigkeit der Kohlenstoffspeicherung Rechnung zu tragen.*

* Gutschriften aus Senkenprojekten nach Art. 6 und 12 sind bisher durch die so genannte Linking Directive der EU vom europäischen Emissionshandel ausgeschlossen. Gemäß dieser Richtlinie werden keine Projektgutschriften anerkannt, die durch Maßnahmen im Bereich LULUCF (siehe S. 4) entstanden sind. In Deutschland wird diese Regelung durch das im Juni 2005 verabschiedete Projekt-Mechanismen-Gesetz umgesetzt. Danach erteilt Deutschland darüber hinaus grundsätzlich keine Genehmigung für Senkenprojekte. Die Linking Directive soll bis Mitte 2006 einer Revision unterzogen werden, wobei auch die mögliche Einbeziehung von Senkenprojekten in europäischen Emissionshandel erneut auf dem Prüfstand steht.

nachhaltig produziertes Holz. So ersetzt ein Kubikmeter Holz bei der Verbrennung rund 220 Liter Heizöl und 270 Kubikmeter Erdgas. Der Energieverbrauch bei der Verwendung von Holz liegt im Vergleich zu Zement, Stahl und Aluminium im Verhältnis 1:4:24:126. Entsprechendes gilt für die jeweils freigesetzte CO₂-Menge.

Während sich bei nachhaltiger forstlicher Bewirtschaftung die Akkumulation von Kohlenstoff im Waldökosystem und nach der Ente in den Holzprodukten langfristig einem Optimum annähert, kommt es aufgrund der Substitutionswirkung von Holz zu einer kontinuierlichen und unbegrenzten Einsparung von CO₂-Emissionen! Hieraus ergeben sich interessante Potentiale zur Energiegewinnung.

Die Wald-Holz-Option im Kyoto-Protokoll:

Neben der Biodiversitätskonvention (CBD) wurde auf der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) angestoßen. Ziel der UNFCCC ist eine Stabilisierung der Treibhausgas-Konzentrationen in der Atmosphäre auf einem ungefährlichen Niveau. Als Durchbruch bei den internationalen Klimaverhandlungen im Rahmen der UNFCCC gilt das Kyoto-Protokoll, in dem sich die Industrie- und Transformationsnationen 1997 verpflichtet haben, die Emission der sechs wichtigsten Treibhausgase im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 um 5,2 Prozent bezogen auf das Jahr 1990 zu reduzieren. Es trat 2005 in Kraft. Insgesamt soll der Ausstoß bis 2012 auf 20 Mrd. t CO₂-Äquivalente reduziert werden.

2001 wurde auf den Vertragsstaatenkonferenzen in Bonn und Marrakesch die Anrechnung von Maßnahmen im Bereich „Landnutzung, Landnutzungswandel und Forstwirtschaft“ (LULUCF⁶) für die 1. Verpflichtungsperiode 2008-2012 mit dem Ziel eingeführt, den Annex-I-Staaten⁷ die Erfüllung der nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen zu erleichtern. Die wichtigsten Vereinbarungen zur Anrechnung von CO₂-Speicherleistungen in Wäldern sind in den Artikeln 3.3, 3.4, 6 und

12 des Kyoto-Protokolls verankert und in stark verkürzter Form in Tab. 1 zusammengefasst.

Handlungsbedarf

Das komplexe Design des Kyoto-Protokolls in seiner jetzigen Form berücksichtigt die Waldoption nur eingeschränkt und blendet die kohlenstoffökologischen Wirkungen der Holzoption und hier insbesondere der Emissionsvermeidungswirkung von Holz (Materials substitution und Energiesubstitution) vollständig aus. Diese müssten bei einer ganzheitlichen Betrachtung in die Kohlenstoff-Bilanz integriert werden.

Die Anerkennung der Holzoption bringt aus naturschutzfachlicher Sicht aber die Gefahr mit sich, dass es unter dem Primat einer Produktionsoptimierung z. B. für die energetische Nutzung von Holz zu einer Absenkung der stehenden Vorräte in Wäldern oder der Bevorzugung fremdländischer Baumarten mit höherer Wuchsleistung und geringeren Umtriebszeiten kommt. Die positiven externen Effekte der Waldoption auf Biodiversität und Bodenschutz würden damit relativiert werden. Hier sind Vorkehrungen zu treffen, um einer rein produktionsbezogenen Ausrichtung der Waldbewirtschaftung auf Kosten der biologischen Vielfalt und der Anpassungsfähigkeit von Waldökosystemen an den Klimawandel vorzubeugen und eine gemeinsame Optimierung zu erreichen.

Ein weiteres Defizit des Kyoto-Protokolls in seiner jetzigen Form ist die mangelnde Ausrichtung auf den Schutz großer bestehender Kohlenstoff-Speicher, insbesondere noch intakter Primärwälder. Vor allem tropische und boreale Wälder stehen unter enormem Nutzungsdruck; der größte Teil der anthropogenen Emissionen aus Waldzerstörung findet hier statt. Während boreale Wälder überwiegend in Industrieländern liegen und daher unter die Verpflichtungen des Artikel 3.3 fallen, liegen tropische Wälder fast ausschließlich in Schwellen- und Entwicklungsländern, für die das Kyoto-Protokoll in seiner jetzigen Form weder Restriktionen noch Anreize zur Walderhaltung vorsieht. In vielen Entwicklungsländern machen Emissionen aus Entwaldung mehr als die Hälfte der Gesamtemissionen aus. Sollen diese Länder in zukünftige Klimaschutzregime einbezogen werden, muss über eine In-Wertsetzung dieser Wälder z. B. über Emis-

ionsvermeidungszertifikate, die auf nationalen Zielen zur Senkung der Entwaldungsrate aufbauen, nachgedacht werden. Aber die Zeit drängt: Anreize gegen die Entwaldung sollten nicht erst nach 2013, sondern bereits heute geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund sollte auch Impulsen von Seiten der Biodiversitätskonvention (CBD) zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern mehr Beachtung geschenkt werden. Das erweiterte Waldarbeitsprogramm und das Schutzgebietsprogramm unter der CBD legen hierfür einen ersten Grundstein. Neben dem quantitativen Waldschutz sind insbesondere die positiven Auswirkungen der natürlichen Biodiversität auf die Anpassungsfähigkeit und Stabilität von Waldökosystemen vor dem Hintergrund des globalen Klimawandels hervorzuheben.

Das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls und die Klimakonferenz in Montreal im Jahr 2005 haben grundsätzlich den Weg für zukunftsweisenden globalen Klimaschutz freigemacht. In den kommenden Jahren stehen zahlreiche nationale und internationale Entscheidungen für Deutschland, Europa und die internationale Staatengemeinschaft im Rahmen der Klimakonvention und des Kyoto-Protokolls an. Da bereits heute klar ist, dass die Wirkungen des Kyoto-Protokolls auf den Klimawandel äußerst begrenzt sein werden, ist umso mehr Gewicht auf die zukünftige Ausgestaltung des Klimaschutzregimes zu legen. Die Weichenstellungen, die zu einem maximalen Nutzen für den Schutz des Klimas bei gleichzeitiger bestmöglicher Wahrung der Biodiversität führen, gilt es heute zu gestalten. ■

Gastautor/innen: Dr. Anke Höltermann und Dr. Manfred Klein, BfN

• Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN),
FG II 2.1 Agrar- und Waldbereich,
Dr. Anke Höltermann, Konstantinstraße
110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491 417, Fax -1480
e-Mail: hoeltermanna@bfn.de
www.bfn.de

Workshop: Wald, Naturschutz und Klimawandel, 5.-7.4., Insel Vilm (bei Rügen); Veranstalter: BfN (s.o.)

⁶ Abkürzung für „land-use, land-use change and forestry“

⁷ Das sind diejenigen Industrie- und Transformationsländer, die sich im Rahmen der UNFCCC zur Förderung nationaler Politiken und zur Emissionsminderung verpflichtet haben.

Tropenwaldschutz und Armutsminderung

Vielfältige Ursachen für Tropenwaldzerstörung

Tropenwälder gehören nicht nur zu den artenreichsten Regionen der Welt, sondern haben auch wichtige globale Funktionen als Klimaregulatoren, Kohlendioxid-Senken und Wasserspeicher für große Gebiete. Sie beugen Erosion vor und verhindern so Wüstenbildung. Die Kulturen von über 2000 indigenen Völkern sind besonders eng mit Wäldern verwoben. Dennoch schrumpfen viele dieser Wälder seit den letzten Jahrzehnten im bedrohlichen Ausmaß. Die Ursachen sind vielfältig: ungünstige makroökonomische Rahmenbedingungen, fehlende Finanzmittel und gering qualifiziertes Personal, fehlender politischer Wille, unzureichende Gesetzgebung und geringe Beteiligung der Zivilbevölkerung. Vor Ort spielt die wirtschaftliche Not jedoch oft eine Hauptrolle, auf lokaler Ebene in den Dörfern, die direkt an den Tropenwald angrenzen, sowie auch auf nationaler Ebene, um Devisen zu erwirtschaften um Auslandsschulden zu decken oder notwendige Produkte zu importieren. Fehlgeleitete Entwicklungspolitiken und Landnutzungsplanungen führen so oft zur Zerstörung der Tropenwälder.

Misswirtschaft durch Unwissen

Auf der lokalen Ebene sind es meist die Kleinbauern, die als Urheber der Zerstörung identifiziert werden. In den kleinen Gemeinden am Rande der Tropenwälder leben Menschen, die das Holz der Wälder als Brennholz oder für Baumaterial benötigen, Platz für ihre Landwirtschaft brauchen und Produkte aus dem Wald verkaufen, um Geld für wichtige Anschaffungen zu erhalten. Nicht immer kennen sie den Wald, in und an dem sie leben, gut. Oft empfinden sie ihn als bedrohlich - voller wilder Tiere, die die tägliche Arbeit auf den Feldern gefährlich machen. Nur ein „sauberes“ Stück Land - das heißt ohne Wald - ist ein urbares Stück Land, geeignet zum Wohnen und Leben. Allerdings ist auch den Kleinbauern klar, dass das Leben ohne den Wald schwieriger wird. Auch sie wissen, dass die Sonne auf gerodeten Flächen stärker brennt und dass der Boden mit der Zeit immer schlechter wird. Im Gegensatz zu den mit dem Leben im Tropenwald vertrauten Indigenen wissen die Kleinbauern oft keinen anderen Ausweg, als immer neue Stücke Land urbar zu ma-

chen und das bereits genutzte Land als Viehweide an Großgrundbesitzer abzugeben oder der Degradation zu überlassen.

In vielen Ländern der Tropen gibt es inzwischen Menschen und Organisationen, die sich um die Tropenwaldzerstörung Gedanken machen und nach möglichen Alternativen suchen. Manchmal sind es die Kleinbauern selbst, die sich auf der Suche nach Lösungen zusammenschließen, manchmal sind es Wissenschaftler oder andere interessierte Menschen, die zum Handeln aufrufen. Oft fehlt es den lokalen Organisationen aber an wichtigen Voraussetzungen für die effektive Arbeit. Angefangen von Kommunikationsmitteln und dem Zugang zu Informationen (wie zum Beispiel dem Internet) bis hin zu Materialien für die Arbeit vor Ort oder Transportmöglichkeiten.

Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit

Internationale Kooperationen wie die Projekte von OroVerde sind wichtig, um diese Mängel auszugleichen. Die lokalen Organisationen kennen die Region, die Menschen vor Ort und den Tropenwald gut. OroVerde hat Zugang zu Finanzquellen, Erfahrungen aus anderen Projekten und Informationen über die internationalen Diskussionen zum Thema. Deutlich wird bei allen bisherigen Projekten von OroVerde, dass der Schutz der Tropenwälder dauerhaft nur funktionieren kann, wenn lokale Bewohner in die Arbeit einbezogen sind und selbst etwas zur Verbesserung ihrer Lebenssituation beitragen können. Veränderungsprozesse werden so nicht durch eine Organisation von außen herbeigeführt, sondern von den Menschen vor Ort in die Hand genommen. Nur so können Projekte wirklich nachhaltig sein. Maßnahmen, die direkt zur Armutsbekämpfung beitragen, wie die Schaffung alternativer Einkommen, sind Bestandteil von vielen OroVerde-Projekten. Zwei Beispiele aus ganz unterschiedlichen Regionen der Tropen sind das Projekt zur Erhaltung des Alexander-von-Humboldt-Nationalparks in Kuba und die nachhaltige Entwicklung im Raja-Ampat-Archipel in Indonesien:

Kuba: Humboldt Nationalpark wurde UNESCO-Weltnaturerbe

Im wenig erschlossenen Osten Kubas sind bis heute ausgedehnte Naturlandschaften

erhalten geblieben, die letzte intakte Rückzugsgebiete für einen Großteil der weltweit einzigartigen Flora und Fauna der Insel darstellen. Der Kubanische Schlitzrüssler (*Solenodon cubanus*), der Kuba-Sittich (*Aratinga euops*) oder die Kuba-Amazone (*Amazona leucocephala*) kommen nur noch hier vor. Der stetig zunehmende Landnutzungsdruck und größere Infrastrukturprojekte drohten diese wertvollen Lebensräume für immer zu zerstören.

Der Alexander-von-Humboldt-Nationalpark wurde 1996 mit der Unterstützung von OroVerde eingeweiht und im Februar 2001 auf seine jetzige Größe ausgeweitet. Seit Dezember 2001 ist der Nationalpark durch die UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, als Weltnaturerbe anerkannt. Mit seiner Ausdehnung von 71.000 ha und seiner Vielgestaltigkeit erfüllt der Nationalpark alle Voraussetzungen, um einen dauerhaften Schutz dieses Tropenwaldes zu gewährleisten. Partner von OroVerde in Kuba ist die Vertretung der nationalen Schutzgebietsbehörde in der Provinzhauptstadt Guantánamo.

Das Ziel der Kooperation ist der Schutz der Artenvielfalt und der natürlichen Lebensräume. Es wird erreicht zum Einen durch die Einrichtung und Absicherung des Nationalparks und seiner Pufferzonen, eine Verbesserung der Infrastruktur, die Weiterbildung des Parkpersonals, und zum Anderen auch durch die Erarbeitung von Methoden der nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen und der Umweltbildung für die Bevölkerung im Umfeld des Parks. Die negativen Auswirkungen der menschlichen Aktivitäten auf die natürlichen Ressourcen werden so deutlich reduziert. Grundlagen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung im Projektgebiet werden gelegt. Die unterschiedlichen Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung haben das Umweltbewusstsein der Bevölkerung verbessert. Der deutliche Rückgang des illegalen Holzeinschlags und der Waldbrände im Projektgebiet sind bereits auf diese Aktivitäten zurückzuführen. Bei einem Projektbesuch im Oktober 2005 bestätigte einer der Parkdirektoren, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung ist, nicht nur, weil illegale Aktivitäten, die den Park gefährden, abnehmen, sondern auch, weil die Klein-

bauern wissen, wo bedrohte Arten vorkommen oder welche medizinische Wirkung bestimmte Pflanzen haben.

Indonesien: Kooperation mit Bewohnern des Raja-Ampat-Archipels

Der Raja-Ampat-Archipel liegt vor der Westküste von Westpapua, dem zu Indonesien gehörenden Teil der Insel Neuguinea. Die 610 Inseln haben eine Landfläche von 6.000 km² und sind nur zum Teil bewohnt (insgesamt etwa 90 Dörfer). Die Inseln beherbergen eine außerordentlich reiche marine und terrestrische Biodiversität, hochwertige Holzarten und Bodenschätze.

Dieser Reichtum an natürlichen Ressourcen ist durch zunehmenden Raubbau an der Natur bedroht: Illegale Rodungsaktivitäten, Kiesabbau und Dynamitfischerei drohen das ökologische Gleichgewicht dieses Insel-Ökosystems zu zerstören. Die Bewohner des Archipels nutzen den Tropenwald zum Einschlag von Bau- und Brennmaterial sowie zum Anlegen von Gärten für die Selbstversorgung. Es wird auch Holz eingeschlagen, um das Schulgeld für die Kinder bezahlen zu können. Die Hauptversorgungsquelle der Menschen des Archipels ist das Meer, dem sie Fisch für den täglichen Verbrauch entnehmen. Nur wenige Inselbewohner gehen einer bezahlten Arbeit nach, das Pro-Kopf-Einkommen ist sehr gering und Geld für Kleider, Kochgerät, Motoren und Treibstoff fehlt.

OroVerde arbeitet im Raja-Ampat-Archipel zusammen mit Ecopapua, einer kleinen lokalen Organisation, die zu Beginn der Kooperation durch verschiedene Personen der Dörfer des Projektgebietes selbst gegründet wurde. Die Stiftung wird von den lokalen Autoritäten auf allen Ebenen voll unterstützt. Vor drei Jahren hat OroVerde Finanzmittel für die Anschaffung eines Schnellbootes für Ecopapua und die Inselbewohner bereitgestellt. Mit diesem Boot überwacht Ecopapua mit regelmäßigen Kontrollfahrten den Raja-Ampat-Archipel. Illegale Abholzungen und verdächtige Rodungsschiffe werden auf Fotos festgehalten. Offizielle Institutionen und Zeitungen werden kontaktiert, um illegale Aktivitäten publik zu machen und Raubbau zu verhindern.

In den nächsten Monaten werden Aktivitäten zusätzlich zur Überwachung in zwei

Dörfern im Norden der Insel Batanta beginnen, um gemeinsam mit den Bewohnern Alternativen zur derzeitigen Entwicklung zu entwerfen. Ecopapua wird zusammen mit den Gemeinden Planungsworkshops durchführen, bei denen gemeinsam die zukünftige Nutzung der natürlichen Ressourcen diskutiert und festgelegt wird. Entwicklungspotenziale der Gemeinden und Hemmnisse werden dabei herausgearbeitet und der Planung zugrunde gelegt. Ökologische Zusammenhänge zwischen Tropenwald und Korallenriff sowie die Zukunft der Dorfgemeinschaften werden diskutiert. Im Rahmen der gemeinsamen Planungen in den Gemeinden werden die Ideen der Gemeindeglieder koordiniert und in kleine, Einkommen schaffende Maßnahmen umgesetzt. Bisher diskutierte Ansätze für alternative Einkommensquellen auf den Inseln reichen von der Weiterbildung der Fischer und deren Unterstützung bei einer besseren Weiterverarbeitung und Vermarktung der Fische bis zur handwerklichen Verarbeitung von Naturprodukten durch die Frauen. Diese werden spätestens nach dem ersten Projektjahr konkretisiert. Zur Unterstützung der Kleinstprojekte sind fachliche Beratungen und Kurse geplant, die den jeweiligen Bedürfnissen der Beteiligten angepasst werden.

Resultate brauchen Zeit

Oft brauchen diese Prozesse Zeit. Erfolge sind meist erst nach Jahren sichtbar. Deshalb hat OroVerde bei allen Projekten von Anfang an die Zukunft im Blick. Dazu gehört auch, die Partner nicht nach der Beendigung eines Projektes allein zu lassen, sondern auf längerfristige Kooperationen zu setzen. Nur so können lokale Organisationen langsam in die Lage versetzt werden, die Arbeit auch ohne Unterstützung fortzusetzen und einmal eingeleitete Veränderungsprozesse weiter zu begleiten. ■

Gastautorin: Dr. Elke Mannigel, OroVerde

• **Weitere Informationen**

OroVerde - Die Tropenwaldstiftung,
Internationale Projektkoordination,
Dr. Elke Mannigel, Kaiserstraße 185-
197, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 24290 12, Fax -55
eMail: emannigel@oroverde.de
www.oroverde.de

Wildwest in Fernost

Russland: Illegale Holzwirtschaft in der Amur-Region

Sibirien und der Ferne Osten Russlands geraten immer mehr in den Sog des boomenden Nachbarn China. Holz ist der Rohstoff, um den sich hier fast alles dreht - Holz, das dem Wirtschaftswunder-Newcomer im Süden fehlt und das in den Wäldern beim nördlichen Nachbarland in Hülle und Fülle kaum genutzt herumsteht. Der Handel blüht - vor allem der Schwarzhandel. Das Amurgebiet zählt heute zu den weltweit am stärksten von illegalem Holzeinschlag gebeutelten Regionen der Welt.⁸

In den letzten sieben Jahren hat China die Einfuhr von russischen Holzprodukten mehr als verzehnfacht. Längst hat es die langjährigen großen Importeure russischen Holzes - Japan und Finnland - auf die Plätze zwei und drei verwiesen. Der Trend hält an. Noch ist kein Ende des raketenhaften Wirtschaftswachstums im Reich der Mitte zu erkennen.

Auch Russland gehört zu den Ländern mit kräftig wachsender Wirtschaft. Doch die wächst hauptsächlich anderswo, weiter im Westen, im europäischen Teil Russlands, vor allem dank der Gas- und Ölindustrie Westsibiriens. Doch hier, im fernen russischen Osten, ist noch nicht viel davon zu spüren. Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Wer kann, wandert ab gen Westen.

Und so trifft der unbändige Holzbedarf Chinas hier - jenseits der Ströme Amur und Ussuri - auf einen Landstrich mit einem unermesslich scheinenden Waldreichtum und einer weitgehend ländlichen Bevölkerung, die den langsam steigenden Lebensstandard in Russland lediglich durch die nicht enden wollenden Werbesendungen ihrer Fernsehgeräte und Radios zu spüren bekommt. Arbeitslosigkeit, unzureichende Entlohnung, Rohstoffreichtum und dann das lockende Geld chinesi-

⁸ Dieser Bericht beruht auf den Erfahrungen, die während einer Tagung des Taiga Rescue Network (TRN) im September 2004 in Wladiwostok und einer anschließenden Exkursion in den Distrikt Krasnoarmejsk gewonnen wurden. Die entscheidenden Informationen zu diesem Themenkomplex stammen aus dem Projekt "Building capacity in NGOs in the Russian Far East and Siberia to monitor illegal logging operations and the timber trade": www2.forestsmonitor.org/capacityBuildingInRussia/_finalReport-index.htm

scher Händler - das ist die ideale Mischung, in der Korruption und mafiose Schattenwirtschaft gedeihen. Der ungehemmte Holzeinschlag und das Verschieben dieser Beute über die Grenze haben sich mittlerweile zu einem lukrativen Wirtschaftszweig entwickelt - wenn auch illegal, so doch von nicht zu vernachlässigender volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Eindrücke aus dem Distrikt Krasnoarmejsk, Region Primorsk

Wahrscheinlich sind es nur zwei Prozent der Bevölkerung, die - ausgerüstet mit ihrer Husqvarna-Säge, einem kleinen Traktor und einem Lastwagen mit Kran - zur nächtlichen Ernte in die Wälder gehen, schätzt Wiktor Alexejewitsch Podkujko. Er ist selbstständiger Landwirt nicht weit von der Distrikthauptstadt Nowopokrowka und leitet nebenbei die Landwirtschaftsabteilung in Krasnoarmejsk, dem drittgrößten Distrikt in der Primorsker Region, dem südöstlichsten Zipfel Russlands. Er kennt sogar einige dieser Nachtarbeiter - zum Teil noch aus der Schulzeit, einige auch aus der Nachbarschaft. 1500 Dollar kann ein einzelner Trupp pro Nacht verdienen. Viel Geld, das so in die Region kommt und weitere zwanzig Prozent der Bevölkerung mitfinanziert - vom illegalen Zwischenhändler bis zum legalen Diskothekenbetreiber. Zu viel Geld, meint Wiktor allerdings, denn es lässt sämtliche Preise steigen und macht so dem großen Rest der Bevölkerung das Leben noch schwerer.

Gefälschte Papiere

Im Nachbarort Roschtschino soll es problemlos Fäll- und Transportzertifikate geben, noch blanko, aber bereits gestempelt mit dem Siegel der Forstbehörde. Dreihundert Dollar muss man für diese Papiere rüberschieben. Aber ausgefüllt machen sie sofort jeden Holztransport legal. Wenn solche Dokumente mal nicht zu beschaffen sind, so kostet es mindestens das Gleiche, um die Miliz an den Straßenkontrollposten zu schmieren - bei wertvollen Eschen- und Lindenhölzern können es auch schon mal 500 Dollar werden. Das Ganze erledigt üblicherweise eine Art Kundschafter. Der fährt voraus, und erst wenn alles mit der Miliz „geregelt“ ist, wird der Holztransport benachrichtigt und dann vom Straßenposten einfach durchgewinkt. Das Holz landet auf großen Holzlagerplätzen, die chinesische Importfirmen auf russischer Seite nahe der Grenzstadt

Dalneretschensk eingerichtet haben. Von dort geht es - vermischt mit legalem Holz und mit passend gemachten Zollerklärungen - ab über die Grenze.

„Sie machen mir die Preise kaputt, die illegalen Holzfäller“, meint Wladimir Koslow, privater Sägewerksbesitzer in Roschtschino und Pächter von 50.000 Hektar Wald. „Erst klauen sie mir die Stämme von meinen Lizenzflächen, und dann drücken sie mit ihren Schwarzmarktpreisen den Wert meines Holzes.“ „Energia“ hat er stolz sein vor 13 Jahren aus eigener Kraft errichtetes Sägewerk genannt. Zur Zeit baut er gerade seine zweite Produktionshalle wieder auf. Sie war ihm abgebrannt. Brandstiftung? Auf diese Frage antwortet er nur mit Schulterzucken. Die Entwicklung seines Betriebes ist symptomatisch für dieses Grenzgebiet. „Russland war hier, und Russland wird hier immer sein“, so steht es noch trotzig an der Front seines Werkes. Doch daran glaubt er wohl selbst nicht mehr so ganz. Die gesamte Produktion - ob rohe Stämme oder verarbeitetes Holz - geht ausnahmslos nach China. Zwanzig chinesische Gastarbeiter arbeiten mittlerweile an seinen Sägen. Und auch er selbst ist nicht mehr alleiniger Herr im eigenen Haus. Längst hat er einen chinesischen Investor als Kompagnon in seine Firma aufnehmen müssen - samt eines Assistenten, der sich dauerhaft auf dem Werksgelände eingerichtet hat. „Russland war hier, und China wird hier in zwanzig Jahren die Vorherrschaft übernommen haben“, das ist wohl eher das, woran Wladimir Koslow inzwischen tatsächlich glaubt.

Machtlose Ranger

Die Gesetze gegen illegale Holzfäller sind zu lasch. Das meint nicht nur Sägewerker Koslow, das sagt jeder, der danach gefragt wird. Und vieles spricht dafür, dass dem auch so ist - ja, dass dem sogar so sein muss. Denn die staatliche Unterstützung für Arbeitslose reicht nicht zum Leben. Und selbst der reguläre Lohn für staatliche Bedienstete liegt unter dem Existenzminimum. Illegale Nebenverdienste sind überlebenswichtig und daher quasi von Staats wegen eingeplant. Nur so kann der soziale Frieden einigermaßen im Lot gehalten werden.

Selbst bei denen, die dem illegalen Treiben in den Wäldern ein Ende machen sollen, ist das nicht anders. Wiktor K., die

gelegentlich in Podkujkos Betrieb mithilft, kennt sich da aus. Ihr Mann gehört zu den staatlich angestellten Rangern, die Wilderern und Holzdieben das Handwerk legen sollen. Doch an die illegalen Holzschläger trauen sie sich nur ungern heran. Das ist zu riskant, denn diese meist gut organisierten Banden greifen recht schnell zu den Schusswaffen, um ihr lukratives Gewerbe zu erhalten. Da halten sich die Waldhüter doch lieber an die Wildbeuter: meist harmlose Einzelgänger oder Kleingruppen, die für ihre Familien Fleisch fürs Mittagessen oder etwas Extrageld erjagen wollen. Bei den flagranten Wilderern können sie - anders als bei den Holzdieben - die Strafgeleider auch gleich direkt abkassieren. Und dass die Ranger wirklich alle diese Geleider an ihre Behörde weiterreichen, das glaubt hier niemand.

Die Holzbanden arbeiten vorwiegend nachts, immer häufiger bereits mit schallgedämmten Sägen. Damit es schnell geht, nehmen sie Bäume, die nicht zu weit weg von den Forstwegen stehen. Und sie fällen - wenn schon, denn schon - natürlich die wertvollsten Bäume, wobei sie dann daraus auch nur das lukrativste Segment des Stammes herauschneiden und abtransportieren. Drei Viertel des gefällten Baumes bleiben im Wald zurück. Koreanische Pinie, Mandschurische Esche, Mongolische Eiche, Japanische Ulme - Bäume, die die offiziell in diesem Gebiet arbeitenden Forstbetriebe zähneknirschend haben stehen lassen müssen, um nicht gegen Schutz- und Nachhaltigkeitsvorschriften zu verstoßen - sie werden jetzt zur Beute der Illegalen. Die Amur-Linde soll bereits selten geworden sein. Das spüren vor allem die zahlreichen Imker in der Region, die um ihren beliebten Lindblütenhonig fürchten.

Lösungsansätze

Das System aus Illegalität, Korruption und Schattenwirtschaft hat die Region fest im Griff. Die Existenz ganzer Gemeinden hängt am Tropf mafiöser Holzschieber. Schärfere Gesetze und Kontrollen allein werden daran kaum etwas wirklich ändern können. Wirkungsvoller wäre sicherlich der Aufbau einer Holzwirtschaft, die nicht einfach die Stämme - roh oder zu Bohlen zersägt - exportiert, sondern bis hin zum Schrank für das chinesische Wohnzimmer selber produziert. Das würde den ganzen Gewinn, der sich aus gefällten Bäumen ziehen lässt, in der Region belassen, das

würde viele und dauerhafte Arbeitsplätze bringen. Und das würde den Zwang zum illegalen Nebenverdienst deutlich mindern.

Die legalen Waldzerstörer

Doch die illegalen Holzfällertruppen sind nicht die einzigen Waldzerstörer in der Region. Wahrscheinlich sind sie noch nicht einmal die größte Gefahr für die noch unendlich scheinenden Wälder, in denen die weltweit letzten vierhundert Sibirischen Tiger bislang überleben konnten. Denn effektiv können die Holzdiebe nur dort „wirtschaften“, wo der Wald bereits erschlossen ist, wo sie auf Forststraßen schnell zu ihrer Beute kommen können - und voll beladen wieder zurück. Urwälder fernab jeglicher Infrastruktur sind nicht ihr Operationsfeld. Sie brauchen den Wald, der bereits von der offiziellen Forstwirtschaft - meist noch von den sowjetischen Staatsforstbetrieben - geöffnet und genutzt wurde.

Im großen Stil genutzt werden die Wälder der Primorsker Region schon seit über siebenzig Jahren. Nur noch rund ein Viertel der Wälder hier sind nicht von Forststraßen durchzogen und in ihrer Ursprünglichkeit erhalten geblieben. Diese Urwälder liegen vor allem in den höheren Lagen und an der schwerer zugänglichen Westflanke des Sichote-Alin-Gebirges, das die gesamte Region durchzieht. Ihre Erschließung hat jedoch längst begonnen, vorangetrieben von wenigen, aber großen Holzkonzernen - ausländische Firmen oder zumindest Unternehmen mit starker ausländischer Beteiligung.

Internationale Konzerne als Motor der Holzindustrie

Der erste, der gleich nach der wirtschaftlichen Öffnung Russlands in einem Joint Venture mit russischen Unternehmen große Waldflächen pachtete, war der südkoreanische Mischkonzern Hyundai. 200.000 Kubikmeter Holz durfte er jährlich dort einschlagen und unverarbeitet nach Japan verschiffen. Als dem Konzern jedoch die Ausdehnung seiner Pachtflächen in das unerschlossene Bikin-Tal dank der anhaltenden Proteste des dort lebenden Volkes der Udege höchststrichlich verwehrt wurde, verlor Hyundai das Interesse und zog sich Ende der 90er Jahre aus diesem Geschäft ganz zurück.

Weiter nördlich, in der unmittelbar angrenzenden Region Chabarowsk, sägt seit

1999 der malaysische Multi Rimbunan Hijau International. Dessen Konzession - ebenfalls mitten im Gebiet des Sibirischen Tigers - ist mit 550.000 Kubikmetern Jahresernte mehr als doppelt so groß wie die von Hyundai.

FSC-Zertifizierung fragwürdig

Südöstlich dieser malaysischen Konzessionsflächen - im unberührten, nur von einigen Hundert Udege bewohnten Samarga-Gebiet - hat 2001 Terneiles, der größte Holzkonzern der Region, eine Konzession über 800.000 Kubikmeter pro Jahr erhalten. Dieses Unternehmen, hervorgegangen aus dem sowjetischen Staatsforstbetrieb, ist reichlich mit Kapital seines Hauptkunden, des japanischen Sumitomo-Konzerns, ausgestattet. Seit November 2004 erntet Terneiles sein Holz sogar mit dem Siegel des FSC (Forest Stewardship Council) - zum ungläubigen Erstaunen russischer Umweltorganisationen, denn dieses Zertifikat steht immerhin für soziale und ökologisch vorbildliche Waldbewirtschaftung.

Doch ob nun mit oder ohne FSC-Siegel - die Tage der Samarga-Wildnis sind gezählt. Straßen und Forstwege werden gebaut. Und auf diesen Straßen und Wegen werden später die illegalen Waldbewirtschaftler den legalen folgen und rücksichtslose Nachlese halten.

Ein Nachtrag

Sägewerksbesitzer Wladimir Koslow ist tot. Man fand ihn - nur wenige Wochen nach unserem Gespräch - erschlagen und mit Einschüssen in Kopf und Brust. Die Mörder sind bislang unerkannt, die Hintergründe nicht geklärt, aber vieles spricht dafür, dass er zwischen die Fronten mehrerer um die politische Macht im Distrikt kämpfenden Holz-„Bisnesmeni“ geraten ist. ■

Gastautor: Rudolf Fenner, Robin Wood⁹

• Weitere Informationen

Robin Wood e.V., Rudolf Fenner, Waldreferent, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 38089211
wald@robinwood.de
www.robinwood.de/wald

⁹ Überarbeitete und leicht gekürzte Fassung eines Beitrags im Robin Wood Magazin 1/2005.

Kann FLEG(T) Wälder retten?

Illegaler Holzeinschlag - ein weltweites Problem

Den Wert des weltweit gehandelten Holzes schätzt man heute auf über 200 Milliarden Euro. Der Anteil der illegalen Holzwirtschaft soll weit über 10 Prozent - in manchen Regionen sogar bis zu 80 Prozent - betragen. Die EU führt zu etwa 50 Prozent illegal geerntetes Holz aus den Tropen und gut 20 Prozent aus der borealen Zone ein. Im Jahr 1998 summierte sich dies zu rund 1 Milliarde Euro oder rund 750.000 Hektar zerstörtem Wald. Nach Schätzungen des Bundesumweltministeriums¹⁰ sind etwa 80 Prozent des Holzes, das Deutschland aus Brasilien einführt, illegal eingeschlagen. Der Anteil illegalen Holzes aus Russland wird auf 20-30 Prozent geschätzt, der aus Indonesien auf 73 Prozent.

Gegenmaßnahmen erforderlich

Die Schäden sind seit Mitte der 90er Jahre so deutlich sicht- und spürbar, dass auch politische Entscheidungsträger sich den Forderungen von NGOs nach konkreten Maßnahmen nicht länger verschließen konnten. Obwohl sich einige Länder lange weigerten einzugestehen, dass ihre Holzwirtschaft an illegalen Aktivitäten krankt, ist weltweit die Besorgnis über illegalen Holzeinschlag und den damit verbundenen Handel gewachsen. Auf dem Treffen der Außenminister der G8-Staaten 1998 im britischen Birmingham wurde illegaler Holzeinschlag erstmals als internationales Problem thematisiert.

Um Abhilfe zu schaffen und nachhaltige Forstwirtschaft zu fördern, wurde ein „Aktionsprogramm Wald“ ins Leben gerufen. Im Jahr 2000 ging das „Forest Governance Programme“ der Weltbank noch einen Schritt weiter und organisierte mit Unterstützung der USA und Großbritannien regionale Prozesse, die sich mit der Thematik auseinandersetzten.

Was sind FLEG und FLEGT?

Der FLEG-Prozess (Forest Law Enforcement and Governance - Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor) soll unter Einbeziehung aller Interessenvertreter und Betroffenen zur Einhal-

tung der Gesetze und Verbesserung der Politikgestaltung im Forstsektor führen. Dazu sollen national und international Maßnahmen durchgeführt werden. FLEG soll die Aktionen der Regierungen betroffener Länder sowie bilateraler und multilateraler Geldgeber zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und -handels binden.

FLEGT steht für ein um den Begriff „Trade“ (Handel) erweitertes FLEG-Konzept und ist die Antwort der EU auf das globale Problem des illegalen Holzeinschlags und des Handels mit Holz und Holzprodukten illegaler Herkunft. Der FLEGT-Aktionsplan vom Mai 2003 soll durch freiwillige Partnerschaftsabkommen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite ansetzen. Hierzu sollen die Holz produzierenden Länder bei der Stärkung ihrer Forstwirtschaft unterstützt werden, und ein Lizenzsystem im Erzeugerland soll sicherstellen, dass nur legal gewonnenes Holz und legal erzeugte Holzprodukte in den EU-Raum gelangen. Für das öffentliche Beschaffungswesen sollen Handlungsanweisungen entwickelt werden, die gewährleisten, dass nur legal geschlagenes Holz eingekauft wird. Verhandlungen über Partnerschaftsabkommen zwischen Deutschland und Kamerun, Großbritannien und Indonesien, den Niederlanden und Malaysia, der EU-Kommission und Ghana und sowie Finnland und Russland haben begonnen.

Überblick über regionale Prozesse

ASIA-FLEG

Bedingt durch die politischen Umwälzungen in Indonesien wollten sich immer mehr Menschen schnell an den Wäldern bereichern oder auch nur nehmen, was ihnen ihrer Meinung nach zustand - der Anteil illegaler Hölzer kletterte auf über 70 Prozent des Gesamtvolumens. Gleichzeitig erarbeiteten insbesondere NGOs als Reaktion auf diese Zustände hieb- und stichfeste Dokumentationen und Argumente, denen sich Regierungsstellen nicht mehr entziehen konnten. Im September 2001 fand eine Ministerkonferenz für den Ostasiatischen Raum (ASIA-FLEG) statt. Als Ergebnis wurde die so genannte „Bali Declaration“ unterzeichnet, die 70 Aktionspunkte zur Stärkung der Rechtsdurchsetzung vorsah - immerhin das Eingeständnis, dass die vorhandenen Gesetze zur Regelung der Waldbewirtschaftung

nicht durchgesetzt werden. Nachfolgeaktivitäten fanden bisher nur begrenzt statt. Derzeit wertet es der indonesische Forstminister Kaban bereits als Erfolg, dass es dem Illegal Logging Response Center, einem Gemeinschaftsprojekt der indonesischen Regierung und mehrerer EU-Mitgliedstaaten, innerhalb von drei Jahren gelungen ist, den illegalen Holzeinschlag in drei Nationalparks zu reduzieren.

AFRICA-FLEG

Im Jahr 2003 leiteten einige afrikanische Länder ihren eigenen FLEG-Prozess ein (AFRICA-FLEG), der auch in einer Ministererklärung (Yaoundé Declaration) und einem Aktionsplan mündete. Als Hauptproblem im afrikanischen Kontext gilt unermessliche Korruption, die durch mangelnde Transparenz bei den Geschäften gefördert wird. Obwohl im Aktionsplan Empfehlungen enthalten sind, die sich direkt auf die Bereitstellung von Informationen beziehen, ist kaum bekannt, was tatsächlich auf internationaler oder nationaler Ebene unternommen wurde, um die Situation zu verbessern.

ENA-FLEG

Russland beheimatet mehr als ein Fünftel der weltweiten Waldfläche und ist der größte Holzproduzent in der europäischen und nordasiatischen Region. Das Holz wird größtenteils nach China, Japan, in die USA und die EU exportiert. Auch Deutschland ist ein wichtiger Handelspartner Russlands und bezieht jährlich Holz und Holzprodukte im Wert von mehr als 320 Millionen Euro.

Seit einiger Zeit gibt es nun eine Initiative, um illegalen Holzeinschlag, Korruption und Handel mit illegalen Holzprodukten in der ENA-Region (Europa und Nord-Asien) zu bekämpfen. Ende November 2005 fand dazu die ENA-FLEG-Ministerkonferenz in St. Petersburg statt. Regierungsvertreter aus über 40 Ländern der ENA-Region (einschließlich der EU-Mitgliedstaaten, China und Japan) sowie deren wichtige Handelspartner USA und Kanada verabschiedeten in St. Petersburg eine gemeinsame Erklärung und einen Aktionsplan.

Vor der Konferenz hatten eine Reihe von NGOs¹¹ ein Positionspapier herausge-

¹⁰ Genaue Zahlen siehe www.bmu.de/naturschutz_biologische_vielfalt/urwaldschutzgesetz/faq/doc/35273.php

¹¹ Taiga Rescue Network, World Wildlife Fund for Nature (WWF), Greenpeace, Forests and the Eu-

bracht, in dem bestimmte Forderungen an die Deklaration gestellt wurden. So müsse sie

- eine Rechtsreform für legales, nachhaltiges und gerechtes Waldmanagement fördern,
- verantwortungsbewusste Regierungsführung ("good governance") unterstützen, um Korruption im Forstsektor zu unterbinden,
- zeitgebundene nationale Aktionspläne mit messbaren Zielen entwickeln, die von allen Unterzeichnerländern umgesetzt werden sollen,
- Richtlinien für das öffentliche Beschaffungswesen und einen klaren Nachfolgeprozess unter Einbeziehung der NGOs vorstellen.

Vielen dieser Punkte hatten auch Industrievertreter zugestimmt.

ENA-Deklaration nicht verbindlich, Finanzierung für Folgeprozess unklar

Abgesehen von einer positiven Präambel ist eine Deklaration verabschiedet worden, die hinter den Erwartungen der NGOs zurück bleibt. So fehlen zeitgebundene Aktionspläne mit messbaren Zielen und die Formulierungen sind oft ausweichend. Es liegt allein in den Händen der Regierungen der einzelnen Länder die Deklaration in die Tat umzusetzen, sowohl in der ENA-Region als auch international. Eine Deklaration ist nicht verbindlich, und so ist ohne den Druck und die Beteiligung von NGOs, indigenen Völkern und der von Wäldern direkt abhängigen nichtindigenen Bevölkerung kaum ein Fortschritt zu erwarten. Die Erfahrungen der vorangegangenen FLEG-Prozesse haben gezeigt, dass eine intensive Mitarbeit der NGOs am Folgeprozess unerlässlich ist, damit aus ENA-FLEG mehr als eine bloße PR-Aktion wird.

Innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre soll wieder ein Treffen von Regierungsvertretern "angemessener Ebene" mit Vertretern der Zivilgesellschaft stattfinden, um Erfahrungen auszutauschen und herauszuarbeiten, in welchen Bereichen weitere Aktionen und Zusammenarbeit nötig sind. Nach fünf Jahren soll eine weitere Ministerkonferenz stattfinden. Da gerade Russland 2006 den Gipfel der acht führenden Industriestaaten (G8) ausrichtet,

muss ENA-FLEG ein wichtiger Punkt der politischen Agenda bleiben, so eine Zielsetzung der NGOs.

Beteiligung der Zivilgesellschaft

Auf der ENA-FLEG-Konferenz waren Vertreter von über 25 Umwelt-, Indigenen- und sozialen Organisationen anwesend, die parallel zu den Regierungsverhandlungen, teilweise gemeinsam mit Vertretern der Holzindustrie, eigene Forderungen erarbeiteten und die offizielle Diskussion kommentierten.

Obwohl die NGOs nach einer Entscheidung der internationalen Steuerungsgruppe keinen Zugang zu den Regierungsverhandlungen hatten, konnten sie im Vergleich zu vorherigen FLEG-Prozessen ihre Belange relativ gut einbringen. Auch im Vorfeld der Konferenz waren sie am Entwurf der Deklaration beteiligt. Während der Konferenz wurden sie mehrmals täglich von Vermittlern über den aktuellen Verhandlungsstand informiert, wobei teilweise auch Regierungsvertreter anwesend waren und sich den Fragen stellten. Im Gegenzug brachten die Vermittler die NGO- und Industriepositionen in die Verhandlung ein. Darüber hinaus boten NGOs und Industrie Präsentationen für die Regierungsvertreter an.

Die deutsche und die chinesische Regierungsdelegation hatten als einzige NGO-Repräsentanten eingeladen an den Verhandlungen teilzunehmen.

Neues russisches Forstgesetz fördert illegalen Holzeinschlag

Ein konkretes und aktuelles Problem ist das neue russische Forstgesetz. Sollte es in der jetzigen Form von der Duma akzeptiert werden, ist der Kampf gegen illegalen Holzeinschlag in Russland nahezu aussichtslos, so Greenpeace Russland. In den Jahren 1992-2003 haben bereits mehr als 1 Million Menschen ihre Arbeit im Forstsektor verloren. Für sie ist illegaler Holzeinschlag oft die einzige Einnahmequelle, um ihr Überleben zu sichern. Abnehmer für das Holz zu finden scheint kein Problem zu sein, Chinas Bedarf ist riesig. Durch das neue Forstgesetz könnten weitere 200.000 bis 500.000 Menschen arbeitslos werden. Es ist zu befürchten, dass auch viele von ihnen als Kenner der Bestände in der

Was bedeutet „illegaler Einschlag“?

Von illegalem Einschlag spricht man heute vor allen Dingen, wenn Holz unter Missachtung nationaler Gesetze geerntet (z. B. ohne Konzession; Fällung geschützter Baumarten), transportiert, deklariert, ge- oder verkauft wird. Durch diese illegalen Aktivitäten entstehen den Herkunftsländern immense Einnahmeverluste, z. B. durch nicht gezahlte Steuergelder. Insgesamt schätzt man den Verlust auf 15 Milliarden Euro pro Jahr! Zum Vergleich: das Entwicklungshilfebudget der EU liegt bei etwa 6,5 Milliarden Euro. Die illegale Holzwirtschaft hat aber noch viel weitreichendere Auswirkungen als wirtschaftliche Schäden: Sie trägt zu massiven Umweltschäden und Biodiversitätsverlust bei, fördert gesellschaftliche Unruhen (z. B. durch Bestechung, organisierte Kriminalität und die Verletzung von Menschenrechten) und führt zu einem Preisdumping auf dem internationalen Holzmarkt.

NGOs befürchten, dass die Definition von "illegal" in der neuen FLEGT-Verordnung zu weit gefasst wird. Über die "offizielle" Gewährung einer Konzession (die gerade in korrupten bzw. instabilen Ländern ohne größere Probleme erhältlich ist) hinaus müssten unbedingt weitere Punkte wie z. B. Korruption, Schutzgebietsvorschriften, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Berücksichtigung der Rechte indigener Völker und soziale Belange in die Definition von Legalität einfließen.

Illegal = umweltzerstörerisch?

Man muss dabei aber unterscheiden: Illegal bedeutet nicht unbedingt zerstörerisch, und legale Nutzung kann alles andere als nachhaltig sein. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Ureinwohner und die lokale Holz nutzende Bevölkerung nicht kriminalisiert werden, sondern ihre (traditionellen) Nutzungsrechte gesetzlich verankert (und nicht entzogen) sowie eine nachhaltige Nutzungsweise gefördert werden. Für die großen Konzessionäre muss gelten: Die Holzernte muss nicht nur legal sein, sie muss auch auf nachhaltige Weise erfolgen.

ropean Union Resource Network (FERN), Pro REGIONWALD e.V., Global Witness, Bureau for Regional Outreach Campaigns (BROC)

Region ins Geschäft mit illegalem Holz einsteigen.

Neue EU-FLEGT-Verordnung zu schwach

Ende letzten Jahres trat die oben beschriebene EU-FLEGT-Verordnung 2173/2005 zur Bekämpfung des Handels mit illegalen Hölzern in Kraft. Da die Aus handlung solcher Abkommen erfahrungsgemäß lange dauert und die Verordnung darüber hinaus erhebliche Mängel aufweist, müssten aufgrund der dramatischen Situation der (Ur-)Wälder auf nationaler Ebene strengere Maßnahmen ergriffen werden, wie z. B. das deutsche Urwaldschutzgesetz, das wegen der vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 nicht verabschiedet werden konnte.

Die neue EU-FLEGT-Verordnung weist folgende Schwächen auf:

- Die EU verhandelt derzeit erst mit fünf Herkunftsländern. Für den gesamten lateinamerikanischen Raum bleibt die EU als Importeur von Hölzern aus unkontrolliertem Einschlag uneingeschränkt erhalten.
- Es gibt keinen Zeitplan, bis wann die Partnerschaftsabkommen abgeschlossen werden müssen.
- Die FLEGT-Verordnung regelt lediglich den Holzimport aus bestimmten Partnerländern, Besitz- und Vermarktungsverbote ergeben sich nicht aus ihr, sodass Importeure, Händler und Holzverarbeitende Betriebe weiterhin illegal geschlagenes Holz aus anderen Regionen beziehen können, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen.
- Die EU-FLEGT-Verordnung gilt bisher nur dem Handel mit bestimmten Holzprodukten. Zellstoffprodukte gehören nicht dazu.
- Die Verordnung verlangt lediglich einen Nachweis, dass das Holz legal eingeschlagen wurde. Weitere Kriterien wie eine umweltverträgliche Waldbewirtschaftung, die Berücksichtigung der Rechte indigener Völker sowie sozialer Belange müssen unbedingt hinzugefügt werden.

Das deutsche Urwaldschutzgesetz

Der Entwurf für das Urwaldschutzgesetz wurde in der letzten Legislaturperiode vom damaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin vorgelegt, konnte aber u.a. wegen der vorgezogenen Bundestagswahl nicht verabschiedet werden. Es soll Besitz und Vermarktung von Holz und Holzpro-

dukten verbieten, wenn das Holz in Urwäldern illegal eingeschlagen wurde. Das Gesetz verlangt von größeren Vermarktern (Umsatz über 100.000 Euro pro Jahr) für ihre Holzprodukte einen Nachweis, dass das Holz nicht illegal in Urwäldern eingeschlagen wurde. Für private Verbraucher, gewerbliche Besitzer und Unternehmen mit niedrigeren Umsätzen soll das Urwaldschutzgesetz nicht gelten. Unter das Urwaldschutzgesetz fallen Holzprodukte wie Rohholz, Bretter, Sperrholz, Spanplatten, Holzkohle, Holzmöbel, Holzspielzeug sowie Zellstoff, Papier und Pappe. Nicht erfasst werden allerdings Bücher, Zeitungen und andere Druckschriften. Dennoch wäre es ein enormer Vorteil gegenüber der EU-FLEGT-Verordnung, die überhaupt nicht für Zellstoffprodukte gilt.

FLEGT reicht nicht aus und ist zu langsam

Alternativen zu FLEG(T), wie das Urwaldschutzgesetz, müssen schnellstens umgesetzt werden, damit bis zur Umsetzung flächendeckender Partnerschaftsabkommen zwischen EU- und Holzherkunftsländern nicht jedes Jahr weitere riesige Waldflächen durch illegalen Einschlag zerstört werden. Das Urwaldschutzgesetz sollte dabei nicht als konkurrierende Maßnahme zu FLEG(T) angesehen werden, sondern als nationale Ergänzung und Anreiz für die EU, den FLEGT-Prozess nicht nur zu beschleunigen, sondern auch in seiner Effizienz und Reichweite zu verbessern. Auch sollte die EU sich Ziele setzen wie: "Bis zum Jahr x sollen maximal x Prozent Hölzer mit zweifelhafter Herkunft in die EU importiert werden." ■

Gastautor/innen: Wiebke Böhm und Hermann Edelman, Pro Regenwald e.V.

• Weitere Informationen

Pro Regenwald, Wiebke Böhm, Frohschammerstr. 14, 80807 München
Tel. 089 / 359-8650, Fax -6622
eMail: wiebke@wald.org
www.pro-regenwald.de

Die Kampagne „Raubbauholz bannen“ wird durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert.

Begrenzte Möglichkeiten einer EU-Waldpolitik

Die Europäische Union ist reich an Wäldern und Waldgebieten, einschließlich Plantagen für die industrielle forstwirtschaftliche Nutzung. Die Artenvielfalt der Wälder ist jedoch in allen 25 Mitgliedstaaten bedroht. Viele Augen schauen daher in Richtung Brüssel, auf mögliche Maßnahmen und Finanzierungsquellen, um die Biodiversitätskrise aktiv anzugehen. Wie dieser Artikel jedoch zeigen wird, sind die Möglichkeiten der EU im Hinblick auf die Gestaltung einer gemeinsamen Waldpolitik begrenzt. Die wichtigsten Entscheidungen treffen die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene.

Der Wert der europäischen Wälder

Von allen terrestrischen Ökosystemen beherbergen Wälder die meisten Arten und stellen verschiedene wichtige ökologische und soziale Funktionen bereit, wie zum Beispiel Schutz von Biodiversität, Wasser- und Bodenschutz, Erholung, Produktion von Waldprodukten wie Beeren und Pilze. Waldgebiete in der EU bedecken seit dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedstaaten im Mai 2004 eine Fläche von insgesamt 160 Millionen Hektar. Das entspricht 35 Prozent der Gesamtfläche der EU. Wenn Bulgarien und Rumänien 2007 ebenfalls der EU beitreten, wird sich diese Fläche um noch einmal 11 Millionen Hektar vergrößern.

Viele wertvolle Wälder in Europa sind durch zerstörerisches Management und intensiven Holzeinschlag bedroht. In den meisten europäischen Ländern trägt die Forstwirtschaft zum Verlust von Biodiversität bei. Eine Studie der Nichtregierungsorganisation (NGO) Plantlife¹² in Mittel- und Osteuropa zeigt, dass schlechtes Waldmanagement heute eine der größten Bedrohungen von Wildpflanzen in den untersuchten Gebieten darstellt. Obwohl die Forstindustrie betont, dass die Waldflächen beständig zunehmen, ist klar, dass die ökologische Qualität und die Gesundheit der europäischen Wälder gleichzeitig abnimmt.

12 Plantlife International (2005): Important plant areas in Central and Eastern Europe - Priority Sites for Plant Conservation: www.plantlife.org/IPAReport.htm

Die beschränkte Rolle der EU im Hinblick auf Wälder

Die Macht der EU im Hinblick auf das Waldmanagement in den Mitgliedstaaten ist begrenzt. Die EU hat immer nur dort Kompetenzen, d. h. sie ist legal berechtigt zu handeln, wo die Mitgliedstaaten beschlossen haben einen bestimmten Teil ihrer Macht an die EU abzutreten. Zusätzlich kann die EU-Kommission Aktionen vorschlagen, wenn sie der Meinung ist, dass Probleme auf der nationalen oder kommunalen Ebene nicht zufriedenstellend gelöst werden können. Für ihre Wälder haben sich die Mitgliedstaaten bisher immer gescheut der EU Kompetenzen zu übertragen. Allerdings hat es in den letzten Jahren Bemühungen gegeben, eine einheitlichere Vision für Europas Wälder auf EU-Ebene zu entwickeln.

Der EU-Aktionsplan für nachhaltiges Forstmanagement

Aufgrund des Widerwillens besondere Macht an EU-Institutionen zu übertragen gibt es derzeit keine spezielle Forstpolitik auf EU-Ebene. Folglich sind Maßnahmen den Wald und Waldvölker betreffend in verschiedenen Bereichen der EU angesiedelt, bei der Generaldirektion (GD) Umwelt, der GD Ländliche Entwicklung, GD Industrie, GD Handel, GD Entwicklung und so weiter.

Das einzige umfassende Dokument, das sich mit Wäldern innerhalb der EU auseinandersetzt, ist die EU-Forststrategie von Dezember 1998. Allerdings beschränkt sie sich vornehmlich auf die ökonomischen Funktionen von Wäldern und vernachlässigt Umwelt- und soziale Funktionen der Wälder. Im Mai 2005 präsentierte die EU-Kommission den ersten Bericht über die Durchführung der Forststrategie. Der Bericht zeigt, dass - obwohl einige Schritte in Richtung nachhaltiges Waldmanagement gemacht wurden - ein noch pro-aktiverer Ansatz für Schutz und Nutzung der EU-Wälder benötigt wird. Die Veröffentlichung des Berichts über die Durchführung der EU-Forststrategie wurde durch die Veröffentlichung des Sonderberichtes¹³ des Europäischen Rechnungshofes über die Verwendung von EU-

13 Special Report No 9/2004 über Forstmaßnahmen als Teil der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes, zusammen mit den Antworten der Kommission des Europäischen Rechnungshofes: www.eca.eu.int

Geldern für forstwirtschaftliche Maßnahmen¹⁴ begleitet. Der Sonderbericht zeigt, dass die EU-Waldstrategie dabei versagt hat, klare Richtlinien für die Verwendung von EU-Geldern aufzuzeigen, und dass die tatsächliche Verwendung der Gelder, um es gelinde auszudrücken, undurchsichtig ist.

Als Folge des Durchführungsberichtes zur Forststrategie - und hoffentlich unter Berücksichtigung der Kritikpunkte des Europäischen Rechnungshofes - entwickelt die Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission derzeit einen EU-Aktionsplan für nachhaltiges Forstmanagement¹⁵. Ausgangspunkt dafür wird die Multifunktionalität der europäischen Wälder sein. Ein erster Entwurf der verschiedenen Elemente wurde im EU-Wald- und Korkausschuss vorgestellt.

NGO-Forderungen für einen EU-Aktionsplan

Das Europäische Netzwerk für Wälder und Ressourcen (FERN) hat eine eigene Vision entwickelt, die in den Aktionsplan aufgenommen werden soll. Auch BirdLife International hat eigene Vorstellungen formuliert. Die Vision von FERN kann in dem Dokument „Towards an Action Plan for Sustainable Forest Management“¹⁶ nachgelesen werden. Die Empfehlungen von BirdLife International sind in dem Dokument „Priorities for developing the propo-

14 Der Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes kam zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Die Ziele der EU-Forststrategie sind häufig widersprüchlich
- Weder die Kommission noch die Mitgliedstaaten haben Verantwortung für die Bewertung eines Vorhabens zur Durchführung der EU-Forststrategie übernommen. Es gibt demnach keine Bewertungsgrundlage dafür, ob ein Projekt der Durchführung nutzt oder nicht
- Nicht in allen Mitgliedstaaten gibt es Nationale Waldprogramme (NWP) obwohl die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, ihre forstwirtschaftliche Aktivitäten an dem jeweiligen NWP zu orientieren.
- Beihilfen für Aufforstungsprojekte, die Aufforstungsvorhaben zu realisieren, sind sehr teuer und nicht kosteneffektiv.
- Ungenügende Monitoring-Systeme bzw. die Überwachungssysteme konnten fragwürdige Selbsteinschätzungen der Beihilfenempfänger nicht aufdecken.

15 Mitteilung der Kommission an den Ministerrat und das Europäische Parlament: Bericht über die Durchführung der EU-Waldstrategie; www.europa.eu.int/comm/agriculture/consultations/forestry/index_de.htm

16 www.fern.org/media/Documents/document_3413_3414.pdf

sed EU forest action plan“¹⁷ dargestellt. Es bleibt abzuwarten, ob der Aktionsplan der EU tatsächlich Stellung beziehen wird, oder ob er unablässig das Mantra der Multifunktionalität der Wälder wiederholen wird, ohne deutlich zu sagen, dass die Intensivierung der Forstwirtschaft zu Biodiversitätsverlust führt. Auf der Internetseite der GD Landwirtschaft kann man die Entwicklung des Wald-Aktionsplans mitverfolgen. Es wird erwartet, dass der Aktionsplan im Juni dieses Jahres dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament vorgestellt wird.

Finanzquellen für Europas Wälder: Der ländliche Entwicklungsfonds

Einer der viel versprechendsten Wege das Forstmanagement zu verbessern, ist die Umleitung öffentlicher Gelder in nachhaltige Forstpraktiken und den Schutz von Wäldern. Die Verordnung über die Entwicklung des ländlichen Raums stellt eine große Finanzierungsquelle der EU für Wälder in den Mitgliedstaaten dar. Für den Zeitraum 2000-2006 sind 4,8 Milliarden Euro für Maßnahmen im Forstsektor aus dem ländlichen Entwicklungsfonds vorgesehen. Im Juni 2005 nahm der Ministerrat die neue Verordnung zur ländlichen Entwicklung an, in der die finanziellen Mittel für die verschiedenen Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2007-2013 festgelegt sind. Der spezielle Finanztopf für Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung, verbunden mit der Verordnung, ist der Europäische Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung (European Agricultural Fund for Rural Development - EAFRD).

Es liegt nun bei den Mitgliedstaaten, ländliche Entwicklungsprogramme zu entwickeln und darin die Maßnahmen zu spezifizieren, die eine Finanzierung benötigen. Mitgliedstaaten können dazu Natura 2000 Finanztöpfe und Fonds für die Durchführung nachhaltiger forstwirtschaftlicher Maßnahmen der EU nachfragen. Über die Finanztöpfe der EU kann ebenso finanzielle Unterstützung für die industrielle Forstwirtschaft erbeten werden oder aber von jedweder Unterstützung für den Wald abgesehen werden.

¹⁷ www.europa.eu.int/comm/agriculture/fore/action_plan/birdlife.pdf

Gestaltungsmöglichkeiten für national agierende NGOs

Während der Entwicklungsphase von Programmen auf nationaler Ebene ist ein Konsultationsverfahren mit den verschiedenen Interessengruppen vorgeschrieben. Daraus ergeben sich Möglichkeiten für Umwelt- und Naturschutzverbände, auf nationaler Ebene die Finanzierung des Schutzes von Wäldern inner- und außerhalb von Natura-2000-Gebieten auf die Tagesordnung zu setzen und mitzugestalten. Dieser Prozess ist wichtig. Denn wenn die Konsultationen nur ungenügend durchgeführt werden, hat die EU-Kommission grundsätzlich die Möglichkeit, die Pläne zurückzuweisen und Finanzmittel zu verwehren.

Sollte sich während der Phase der Programmentwicklung herausstellen, dass die beschlossenen Maßnahmen unter dem Programm zur ländlichen Entwicklung Artenvielfalt beziehungsweise Wälder zerstören, so kann die Kommission die betreffenden Mitgliedstaaten anweisen ihre Programme zu überarbeiten. Für nationale Umwelt- und Naturschutzverbände ist es daher besonders wichtig, ein Auge auf die Durchführung der Programme zur ländlichen Entwicklung zu haben. Sie können schlechte Verfahren der EU-Kommission melden. Die Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raumes und der Gebrauch der Verordnung für gute Forstpraktiken sind in dem Handbuch „Funding Europe's Forests“¹⁸ nachzulesen.

Fazit

Es gibt eine Menge Anknüpfungspunkte, um das EU-Forstmanagement zu verbessern. Dazu zählen die verschiedenen EU-Finanztöpfe und die EU-Politiken. Aber ohne die gewissenhafte Arbeit auf nationaler Ebene werden die Impulse und Möglichkeiten, die Brüssel vorgibt, im Sande verlaufen. ■

Gastautorin: Leontien Krul, FERN

¹⁸ FERN, Taiga Rescue Network (2005): Funding Europe's Forests - How to use EU funds for Sustainable forest management and nature protection; www.fern.org/media/documents/document_3479_3480.pdf

• **Weitere Informationen**

Forests and the European Union Resource Network (FERN), Waldpolitik und Biodiversität, Leontien Krul, 20 Avenue des Celtes, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 73-30814, Fax -68054
eMail: leontien@fern.org
www.fern.org

Energetische Waldholznutzung

Stand und Perspektiven in Deutschland und Europa

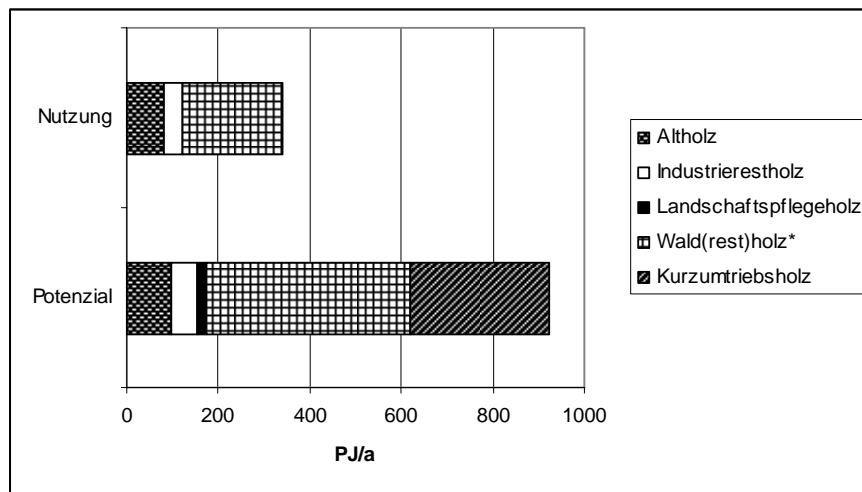
Waldholz kann zur Bereitstellung thermischer und elektrischer Energie sowie perspektivisch auch zur Versorgung mit Kraftstoffen genutzt werden und damit in vielfältiger Weise zu einer umwelt- und klimaverträglicheren Energieversorgung in Deutschland und Europa beitragen. Entscheidend für die Nutzung sind die verfügbaren Waldholzpotenziale sowie die nationalen und europäischen Rahmenbedingungen, wobei sich die Situation in den einzelnen europäischen Staaten unterschiedlich darstellt. Für Deutschland kann in den kommenden Jahren ein deutlicher Zuwachs der energetischen Holznutzung erwartet werden. Dabei können perspektivisch nicht nur forstwirtschaftliche, sondern auch landwirtschaftliche Ressourcen nutzbar sein.

Holz als Brennstoff

Die energetische Nutzung von Holz erfolgt durch thermo-chemische Umwandlung des festen Ausgangsstoffes zu Wärme, Strom oder festen, flüssigen bzw. gasförmigen Zwischenprodukten (z. B. Holzkohle, Pyrolyseöl, Holzgas), die in vielfältigen Technologien eingesetzt werden können. Unter den verfügbaren biogenen Festbrennstoffen ist Holz gegenüber Stroh, Gräsern, Getreide etc. durch vergleichsweise günstige Brennstoffeigenschaften wie einen hohen Kohlenstoffgehalt, niedrige Ascheanteile, geringe Verschlackungsneigung und gute Lagerfähigkeit gekennzeichnet. Dadurch ist die Verbrennung von Holz in allen Leistungsbereichen feuerungstechnisch und emissionsseitig gut beherrschbar und erprobt.

Energetische Holznutzung in Deutschland

Die Möglichkeiten der Bereitstellung von Energie aus Holz werden - neben der verfügbaren Umwandlungstechnik - ganz wesentlich vom Potenzial der nutzbaren Biomassen bestimmt. Dieses wird als technisches Brennstoffpotenzial angegeben. Das technische Brennstoffpotenzial beschreibt den Anteil der insgesamt verfügbaren Biomasse, der unter Berücksichtigung der gegebenen technischen Restriktionen nutzbar ist - hierzu zählt auch die stoffliche Nutzung der potenziellen Einsatzstoffe. Ebenso werden strukturelle, ökologische und gesetzliche Restriktionen



1 PJ/a entspricht 60.000 Tonnen getrocknetem bzw. 90.000 t frischem Holz

* Potenzielseitig ca. 1/3 Waldrestholz und 2/3 ungenutzter Zuwachs (Kurzumtriebsholz auf 2 Mio. ha)

Abb. 1: Potenziale und Nutzung von Energieholz in Deutschland 2004

berücksichtigt, wenn diese als „unüberwindbar“ einzuschätzen sind (z. B. Nutzungsrestriktionen in Naturschutzgebieten, Genehmigungsrecht).

Das Brennstoffpotenzial an Holz umfasst die Stoffströme Altholz, Industrierestholz¹⁹, Landschaftspflegeholz²⁰, Waldrestholz²¹, den ungenutzten Zuwachs aus dem Wald sowie die auf landwirtschaftlichen Flächen produzierbaren Kurzumtriebshölzer²². In Abb. 1 sind diese Potenziale für Deutschland dargestellt: Deutlich erkennbar ist der große Stellenwert von Wald(rest)holz und Kurzumtriebsholz. Deutschlandweit wie auch in Europa beinhaltet das Brennholzpotenzial 55 bis 75 Prozent des gesamten Biomassepotenzials, je nachdem welchen Stellenwert der Anbau von Energieholz z. B. gegenüber Energiemais, Raps oder anderen Energiepflanzen erhält. Insgesamt wird die gegenwärtig landwirtschaftlich verfügbare Fläche für den Energiepflanzenanbau auf zwei Millionen Hektar geschätzt.

19 Teil des Industrieholzes, der bei der Verarbeitung von Holz in Sägewerken, Möbelfabriken usw. anfällt. Hierbei handelt es sich um Holzabfälle wie Abschnitte, Schwarten und Spreißel

20 in der öffentlichen und privaten Landschaftspflege anfallende Restholzmengen

21 Holz außerhalb der Qualität und Aufarbeitungsgrenze zu Industrieholz, unter anderem Kronenmaterial, Äste, Stammabschnitte, qualitativ minderwertiges Holz und schwache Bäume

22 zur Verbrennung geeignete, schnell wachsende Baumarten mit kurzen Umtriebszeiten

Wärmeerzeugung in Privathaushalten

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland gut die Hälfte der Holzpotenziale (ohne Kurzumtriebsholz) genutzt. Dabei zeigen vor allem Altholz und Industrierestholz, die in den rund 120 deutschen Holzkraftwerken zur Stromerzeugung eingesetzt werden, bereits eine weitgehende Erschließung; d. h. hier ist der Aufbau weiterer Anlagenkapazitäten zukünftig eingeschränkt. Wald(rest)holz wird in rund fünf Millionen Anlagen zur Wärmeerzeugung eingesetzt, vor allem in Kaminen, Öfen und kleinen Kesselanlagen. Es stellt den größten Beitrag zur Energieerzeugung aus Biomasse. Seit 2004 ist dieser Bereich infolge der Ölpreissteigerung deutlich gewachsen. Auch wenn sich diese Zunahme gegenwärtig noch nicht in Zahlen fassen lässt, zeigt die wachsende Nachfrage Auswirkungen auf die Holzpreise und erfordert zunehmend überregionale Brennstoffversorgungssysteme.

Kraftstofferzeugung aus Holz voraussichtlich ab 2015

Für die Kraftstofferzeugung spielt Holz gegenwärtig keine Rolle. Jedoch werden hier momentan europaweit intensive Forschungen angestellt, die eine Anwendung ab 2015 wahrscheinlich erscheinen lassen. Solche Anlagen zur Kraftstoffbereitstellung werden voraussichtlich sehr groß dimensioniert werden und bis zu einer Million Tonnen Brennstoff pro Jahr benötigen.

Energetische Holznutzung in Europa - Potenziale und Rahmenbedingungen

Auch EU-weit leistet die Wärmeherzeugung von Wald(rest)holz vielfach den deutlich größten Beitrag zur Energieerzeugung aus Biomasse. Dabei unterscheiden sich die Potenziale der einzelnen Mitgliedstaaten deutlich (Abb. 2). In allgemeiner Erwartung einer kontinuierlich steigenden stofflichen Nutzung von Wald(rest)holz wird davon ausgegangen, dass die forstwirtschaftlichen Energieholzpotenziale europaweit in den nächsten 15 Jahren stabil oder leicht rückläufig sein werden, jedoch in einigen Ländern (z. B. Belgien, Tschechien, Lettland) der gesamte Holzzuwachs vollständig zur stofflichen Nutzung eingeschlagen wird und damit nur Waldrestholz zur energetischen Nutzung zur Verfügung steht. Deutschland, Frankreich, Schweden und Polen verfügen über die größten Waldholzpotenziale zur energetischen Nutzung.

Regelungen in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten

Wie der Forstbereich insgesamt sind auch die Rahmenbedingungen zur energetischen Nutzung von Wald(rest)holz in Europa bisher national bestimmt. Während z. B. in Finnland schon 1999 Mengenziele zur energetischen Wald(rest)holznutzung

im nationalen Forstprogramm verankert wurden, bleibt die im Jahr 2004 verabschiedete deutsche „Charta für Holz“ (siehe DRB 10.04, S. 24) bei der Quantifizierung der Ziele einer energetischen Wald(rest)holznutzung unkonkret. Inwieweit ein gegenwärtig von der Europäischen Kommission diskutierter „Forestry Action Plan“ hier klare Vorgaben liefern wird, bleibt abzuwarten.

Neben der noch ausstehenden Waldenergieholz-Strategie stellen auch die von vielfältigen Faktoren beeinflussten Bereitstellungskosten einen weiteren Unsicherheitsfaktor für eine verstärkte energetische Nutzung der Wald(rest)holzpotenziale dar: Die große Spanne der Erwartungen, zu welchen Kosten wie viel Energieholz aus dem Wald künftig bereitgestellt werden kann, erschwert die Planungssicherheit von energetischen Holznutzungsanlagen erheblich - langfristige Lieferangebote sind vielfach nicht zu erhalten. Diese sind jedoch ausschlaggebend zur Abschätzung der Anlagenrentabilität und für Finanzierungszusagen.

Energieholzproduktion auf dem Acker

Perspektiven für eine zunehmende energetische Holznutzung werden unter anderem aus diesen Gründen auch im Anbau

von Kurzumtriebshölzern wie Pappeln und Weiden auf landwirtschaftlichen Flächen gesehen: In den kommenden Jahren werden im Agrarbereich - infolge des rückläufigen Flächenbedarfs für die Nahrungsmittelproduktion - deutlich zunehmende Flächenpotenziale erwartet. Der Anbau von Kurzumtriebsholz liefert höhere Flächenerträge als die Nutzung von Waldrestholz und ist gegenüber den einjährigen Kulturen (Energiermais, -raps, -getreide etc.) in der Regel ökologisch vorteilhaft. Der Einstieg in solche Produktionsverfahren ist jedoch mit erheblichem Know-how-Bedarf verbunden, kostenintensiv, und beinhaltet - bei großflächiger Umsetzung - deutliche Veränderungen des Landschaftsbildes.

Schlussfolgerungen

In Deutschland und Europa stehen große Wald(rest)holzpotenziale zur Verfügung, die gegenwärtig nur teilweise genutzt werden. Jedoch hat in jüngster Vergangenheit eine sehr dynamische Entwicklung eingesetzt, die eine vorausschauende Lenkung der begrenzten Ressourcen in möglichst effiziente und umweltverträgliche Anwendungen unabdingbar erscheinen lässt.

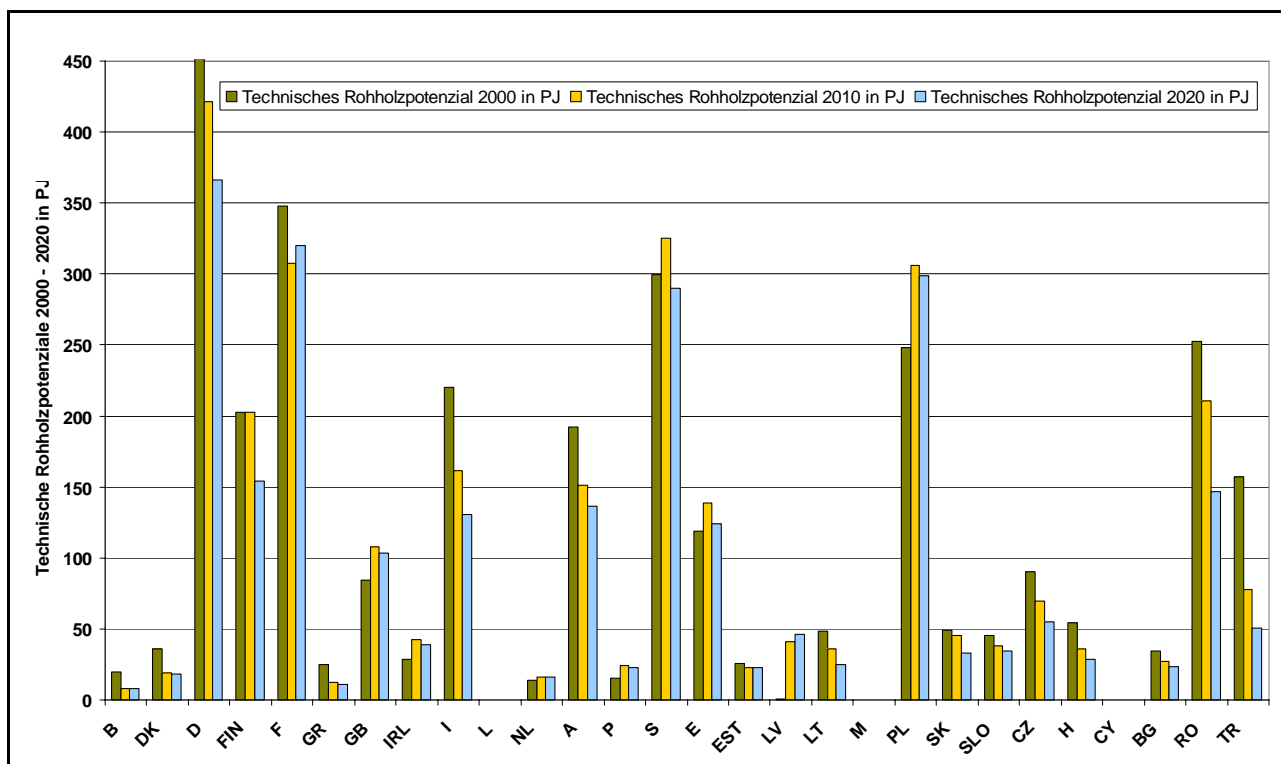


Abb. 2: Europäische Wald(rest)holzpotenziale (Waldrestholz und ungenutzter Zuwachs) in den Jahren 2000, 2010 und 2020 in PJ/a, nach Ländern (Mitglied- und Beitrittsstaaten der EU)

Hierzu zählen z. B.:

- Einhaltung hoher Umweltstandards,
- Hohe Effizienz bei der Umwandlung in Energie,
- Entwicklung integrierter Konzepte zur gekoppelten stofflichen und energetischen Nutzung,
- Schließung der Nährstoffkreisläufe (d. h. Ascherückführung auf die Produktionsfläche) unter Minimierung möglicher Schwermetallfrachten,
- Beschreibung der Brennstoffqualitäten und Entwicklung von Brennstoffklassen zum Aufbau überregionaler Brennstoffmärkte,
- Langfristige regionale Lieferbeziehungen.

Mittelfristig dürfte Holz als Vorzugsbrennstoff zur Wärme-, Strom- und Kraftstoffbereitstellung nachgefragt werden. Damit sind die Erwartungen von Seiten einer nachhaltigen Energieversorgung sehr groß, können jedoch nur bei Planungssicherheit auf der Versorgungsseite erfüllt werden. Entsprechend sind Konzepte für einen höheren und vor allem auch kostengünstigeren Ertrag an Holz für die energetische Nutzung aus dem „klassischen“ Wald notwendig. Der Ansatz der nachhaltigen Waldnutzung darf dabei keinesfalls in Frage gestellt werden.

Weiterhin sollte verstärkte Wald(rest)holznutzung durch zusätzliche Konzepte für eine Holzproduktion auf landwirtschaftlichen und sonstigen (insbesondere auch degradierten) Nutzflächen ergänzt werden. Bei dem erwarteten starken Ausbau der Bioenergie können günstige Effekte vor allem dann erreicht werden, wenn die Möglichkeiten in der Land- und Forstwirtschaft aufeinander abgestimmt werden und gemeinsam eine nachhaltige Brennstoffbereitstellung realisiert wird. Eine klarere Einbindung der Forstwirtschaft in die Strategie zur Versorgung mit erneuerbaren Energien könnte ein wichtiger Schritt in diese Richtung sein. ■

Gastautorin: Dr. Daniela Thrän,
Institut für Energetik und Umwelt

• Weitere Informationen

Institut für Energetik und Umwelt
gGmbH, Dr.-Ing. Daniela Thrän, Fachbereichsleiterin Bioenergiesysteme,
Torgauer Str. 116, 04347 Leipzig
Tel. 0341 / 2434 435, Fax -433
eMail: daniela.thraen@ie-leipzig.de
www.energetik-leipzig.de

Wälder der FFH-Richtlinie in Deutschland

Zahlen, Fakten und Bedeutung

In Deutschland gibt es derzeit 4.617 gemeldete Gebiete der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie, 92/43/EWG), die 9,3 Prozent der Landfläche einnehmen. Neben den FFH-Gebieten wird das Netz Natura 2000 durch 539 Europäische Vogelschutzgebiete der Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG) ergänzt, die 8,3 Prozent der deutschen Landfläche bedecken. Ein Großteil der terrestrischen Natura-2000-Gebiete wird von Wald (etwa 51 Prozent) oder Grünland und Ackerflächen (inkl. Rebkulturen etc.) eingenommen. Im Einzelnen sind 33 Prozent der terrestrischen Natura-2000-Gebiete von Laub- und Mischwald, 18 Prozent von Nadelwäldern, 18 Prozent von Grünland, 21 Prozent von Acker und sonstige landwirtschaftlichen Kulturen, 3 Prozent von Heiden, Mooren und Sümpfen sowie 4 Prozent von Bin-

nengewässern bedeckt (Stand: 2005).

Damit beträgt die in den FFH-Gebieten liegende Fläche an Waldbiotopen (inkl. Nadelforsten) 25 Prozent der gesamten Waldfläche in Deutschland. Dem Schutz der FFH-Richtlinie unterliegen jedoch nur die jeweils in den Anhängen gelisteten Lebensraumtypen beziehungsweise Arten innerhalb der gemeldeten Gebiete. In Bezug auf die Wald-Lebensraumtypen der Richtlinie entspricht dies rund 2 Prozent der Bundesfläche. Hinzu kommen die Habitate der FFH-Arten im Wald, deren Fläche aktuell nicht bekannt ist.

Die Mehrzahl der FFH-Gebiete liegt in der kontinentalen biogeografischen Region Deutschlands. Die mit Abstand größten Gebiete befinden sich im marinen Bereich, gefolgt von Gebieten mit größeren Waldanteilen wie z. B. Pfälzerwald und Bayerischer Wald.

Die Flächenanteile der Lebensraumtypen der FFH-Meldung stammen überwiegend aus Lebensraumtypen der Meere und Küsten sowie der Wälder. Diese Formationen nehmen zusammen etwa 2 Millionen Hektar, vier Fünftel der insgesamt gemeldeten Fläche der Lebensraumtypen ein. Die Meldungen der Lebensräume der Meere und Küsten stammen hauptsächlich aus der atlantischen und die der Wälder überwiegend aus der kontinentalen Region.

In der atlantischen Region sind es die Eichen-Hainbuchenwälder (Lebensraumtyp-Code 9160) und die Moorwälder (91D0), die unter den Waldtypen die größten Meldeanteile liefern. In der kontinentalen biogeografischen Region nehmen die Buchenwälder allgemein (9110, 9130) die größten Meldeflächen ein. In der alpinen Region sind es die mesophilen Buchenwälder (9130), die hier die größten Meldeflächen stellen (siehe Tab. 2).

Der Anhang I der FFH-Richtlinie listet insgesamt 94 Lebensraumtypen der (halb-) natürlichen Wälder und Forste auf, wovon in Deutschland 17 vorkommen. In der Summe aller Wald-Lebensraumtypen liegt ihr geschätzter Gesamtbestand in Deutschland bei rund 1,7 bis 1,8 Millionen Hektar²³, wovon rund 800.000 Hektar²⁴ in den deutschen FFH-Gebieten liegen. Damit sind rund 40 bis 45 Prozent des Gesamtbestandes dieser Lebensraumtypen gemeldet.

Der Schwerpunkt der Wald-Lebensraumtypen in Deutschland liegt bei den Buchenwäldern. Als Zentrum des Rotbuchenareals kommt Deutschland eine besondere Verantwortung für den Erhalt dieser Waldtypen zu. Allein die beiden Lebensraumtypen Hainsimsen-Buchenwälder (9110) und Waldmeister-Buchenwälder (9130) sind mit mehr als 560.000 Hektar gemeldet worden. Die Meldung stammt entsprechend ihrem Verbreitungsschwerpunkt hauptsächlich aus den Mittelgebirgen. Hinzu kommen Wälder bestimmter Sonderstandorte wie z. B. die trockenen

Code	Bezeichnung	Gemeldete Fläche (ha)
9130	Waldmeister-Buchenwälder	324.963
9110	Hainsimsen-Buchenwälder	236.928
9170	Labkraut-Eichen-Hainbuchenwälder	48.783
91E0*	Erlen-Eschen- und Weichholzaunenwälder	44.133
9160	Sternmieren-Eichen-Hainbuchenwälder	33.337
91D0*	Moorwälder	26.130
9410	Montane bis alpine bodensaure Fichtenwälder	22.123
9190	Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche	17.258
9150	Orchideen-Kalk-Buchenwälder	15.954
91F0	Hartholzaunenwälder	14.175
9180*	Schlucht- und Hangmischwälder	13.456
9140	Subalpine Bergahorn-Buchenwälder	1.582
9420	Alpine Lärchen- und/oder Arvenwälder	1.215
9120	Atlantische bodensaure Buchen-Eichenwälder mit Stechpalme	524
91G0*	Subkontinentale bis pannonische Eichen-Hainbuchenwälder	116

Tab. 2: Flächenanteile der Wald-Lebensraumtypen der deutschen FFH-Meldung

23 G. Ellwanger, S. Balzer, U. Hauke & A. Szymank (2000): Nationale Gebietsbewertung gemäß FFH-Richtlinie: Gesamtbestandsermittlung für die Lebensraumtypen nach Anhang I in Deutschland. Natur und Landschaft 75 (12): 486-493.

24 Raths, U., Balzer, S., Ersfeld, M. & Euler, U. (2006): Deutsche Natura-2000-Gebiete in Zahlen. Natur und Landschaft 81 (2): 68-80.

Eichen-Hainbuchenwälder und azonale Schluchtwälder. Neben diesen enthält die FFH-Richtlinie auch eine Reihe von Waldtypen, die aus wirtschaftlicher Sicht weniger von Bedeutung sind. Hierzu zählen beispielsweise Moorwälder und bachbegleitende Erlen-Eschenwälder.²⁵

Zusätzlich zu den Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-Richtlinie können weitere Waldtypen Bestandteil der Betrachtung in Natura-2000-Gebieten sein. Hierzu zählen zum Beispiel solche Waldtypen, die Lebensraum von Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie sind, aber nicht in Anhang I gelistet werden. Hierzu zählen zum Beispiel die in Mittelwaldnutzung²⁶ befindlichen Eichenmischwälder trockener Standorte, die Habitate Totholz bewohnender (xylobionter) Käferarten der FFH-Richtlinie, zum Beispiel des Eichen-Heldbocks (*Cerambyx cerdo*), oder auch Nadelwälder, die Teilhabitate der Bechsteinfledermaus (*Myotis bechsteini*) stellen.

Über die Natura-2000-Gebiete hinausgehende Verpflichtungen sind in Art. 12 der FFH-Richtlinie geregelt. Demnach sind Arten des Anhangs IV mit ihren Fortpflanzungs- und Ruhestätten auch außerhalb der gemeldeten Gebiete zu schützen.

Der Erhaltungszustand

Das Hauptziel der FFH-Richtlinie ist das Erreichen und Bewahren eines günstigen Erhaltungszustandes für alle Lebensraumtypen und Arten der Richtlinie. Dieser günstige Erhaltungszustand wird sowohl auf der Ebene der biogeografischen Region als auch auf der Gebietsebene bewertet. Für die Wälder wurden hierzu fachliche Empfehlungen erarbeitet und in der so genannten LANA-FCK-Kontaktgruppe der Länderarbeitsgemeinschaft Natur-

schutz (LANA) und der Forstchefkonferenz (FCK) zwischen Naturschutz und Forst abgestimmt²⁷.

Auf biogeografischer Ebene muss im Rahmen der Berichtspflichten alle 6 Jahre an die EU-Kommission über den Erhaltungszustand berichtet werden.

Bewirtschaftungsauflagen durch die FFH-Richtlinie

Grundsätzlich ist eine Bewirtschaftung der für die FFH-Richtlinie gemeldeten Wälder in vielen Fällen möglich. Direkte Auflagen in der Richtlinie gibt es nicht, allerdings muss sich die Bewirtschaftung an den jeweils in den Gebieten vorkommenden Arten und (Wald-)Lebensraumtypen orientieren und nach den gebietsspezifischen Erhaltungs- und Entwicklungszielen ausrichten. Dies kann im Einzelfall auch bedeuten, dass keine reguläre Bewirtschaftung möglich ist (zum Beispiel bei Wäldern bestimmter Sonderstandorte wie Moor- und Auenwälder sowie beim Auftreten besonders empfindlicher Arten). Die meisten Waldtypen bedürfen keiner Pflege oder Bewirtschaftung, es gibt aber auch kulturabhängige Lebensraumtypen, die erhalten werden müssen. Dazu gehören bei den Wäldern zum Beispiel sekundäre Eichen-Hainbuchenwälder auf Buchenwald-Standorten, die durch die historische Waldbewirtschaftung entstanden sind.

Verbesserungen für den Waldschutz durch FFH

Eine ganze Reihe von Wald-Biotopen sind in Deutschland gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Sie bedürfen daher eines besonderen Schutzes. Der Anteil der in Schutzgebieten liegenden Waldbiotope war vor Meldung der FFH- und Vogelschutzgebiete allerdings sehr niedrig. Die einzigen größeren Schutzgebietsflächen lagen in den Nationalparks, die insgesamt 0,5 Prozent der Fläche Deutschlands einnahmen. Durch die EU-weite Verpflichtung zur Einrichtung von Schutzgebieten sind heute Waldbiotope auf 4,5 Prozent der Bundesfläche geschützt. Der Naturschutz im Wald hat daher mit der

Einrichtung des Schutzgebietssystems Natura 2000 eine enorme Stärkung erfahren. ■

Gastautor/innen: Dr. Sandra Balzer, Dr. Axel Ssymank, Ulrike Rathes, Bundesamt für Naturschutz

• Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Schwerpunkt FFH-Richtlinie/Natura 2000, Dr. Sandra Balzer, Konstantinstraße 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491 431, Fax -460
eMail: balzers@bfn.de
www.bfn.de

²⁵ Beschreibung der in Deutschland vorkommenden Wald-Lebensraumtypen sowie Verbreitungsübersichten der Lebensraumtypen in Deutschland in: Ssymank, A., Hauke, U., Rückriem, C., Schröder, E. unter Mitarbeit von Messer, D. (1998): Das europäische Schutzgebietssystem NATURA 2000 - BfN-Handbuch zur Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (92/43/EWG) und der Vogelschutz-Richtlinie (79/409/EWG). - Schr.R. f. Landschaftspf. u. Natursch. 53, S. 560; Balzer, S., Schröder, E., Ssymank, A. (2004): Ergänzung der Anhänge zur FFH-Richtlinie auf Grund der EU-Osterweiterung. - Natur und Landschaft 79 (4): 145-151.

²⁶ seit dem Mittelalter praktizierte Form nachhaltiger Waldwirtschaft, selektive Nutzung von Brenn- und Bauholz, Verjüngung durch Stockausschlag und aus Samen

²⁷ Burkhardt, R., Robisch, F. & Schröder, E. unter Mitarbeit der Mitglieder der LANA-FCK-Kontaktgruppe und des Bund-Länder-AK „FFH-Berichtspflichten Wald“ (2004): Umsetzung der FFH-Richtlinie im Wald. Gemeinsame bundesweite Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz (LANA) und der Forstchefkonferenz (FCK). Natur und Landschaft 79 (7): 316-323.

Gebietsmanagement Natura 2000 im Wald in Bayern

Erste offizielle Naturschutzaufgabe für die Forstverwaltung

Aufgrund der Europäischen Vogelschutz-Richtlinie von 1979 und der FFH-Richtlinie²⁸ von 1992 wurden in Bayern in mehreren Schritten insgesamt 744 Gebiete mit einer Gesamtfläche von fast 800.000 Hektar ausgewählt. Die umfangreichen Überlappungen von SPA²⁹- und FFH-Gebieten sind dabei bereits herausgerechnet. Rund 450.000 ha (56 Prozent) der Gebietskulisse sind Wald, davon rund 240.000 Hektar Staatswald des Freistaats Bayern und 111.000 Hektar Privatwald. Der Rest ist Eigentum von Körperschaften oder des Bundes.

Die Aufgabe

Durch eine Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 4. August 2000 wurden die Zuständigkeiten für die Umsetzung festgelegt. Das bayerische Umweltministerium trägt die Gesamtverantwortung für Natura 2000. Die Zuständigkeit für das eigentliche Gebietsmanagement liegt je nach Flächenkategorie bei der Naturschutzverwaltung (Offenland) oder der Forstverwaltung (Wald). Bei Mischgebieten aus Wald und Offenland wurde jeweils eine organisatorische Federführung festgelegt, die jedoch die fachlichen Kompetenzen unberührt lässt.

Das Gebietsmanagement besteht aus:

- Erstellung (v.a. Kartierung und Bewertung von Lebensraumtypen und Arten, Festlegung notwendiger Erhaltungsmaßnahmen) und Umsetzung der Managementpläne,
- Monitoring und Erfolgskontrolle sowie
- Beitragen zu den Berichtspflichten an die EU.

Nicht zum eigentlichen Gebietsmanagement, aber ebenfalls unter die Mitwirkung und/oder Mitentscheidung der Forstverwaltung gehören

- die Feinabgrenzung der Gebiete im Maßstab 1:5.000,
- die örtliche Konkretisierung der Erhaltungsziele und
- das Schutzkonzept.

Zum ersten Mal hatte die Forstverwaltung in Bayern damit eine offizielle Naturschutzaufgabe. Gründe für diesen Auftrag waren die vorhandenen Ortskenntnisse in den Wäldern, das waldökologische Fachwissen, die jahrzehntelange Erfahrung mit Schutz und Nutzung von Naturgütern und besonders die vergleichsweise höhere Akzeptanz bei den Waldbesitzern.

Lehr- und Wanderjahre

Eine neue Aufgabe anzugehen heißt zunächst einmal: sich orientieren, lernen, anwenden, Erfahrungen sammeln und sich weiterentwickeln. Dabei setzt die Forstverwaltung in erster Linie auf eigenes Personal und schaltet nur in Sonderfällen (v.a. bei seltenen Arten) externe Gutachter ein. Die Forstverwaltung richtete Ende 2000 eine Projektgruppe ein und stellte ein knappes Jahr später die Ergebnisse anhand des Pilot-Managementplans „Hienheimer Wald“ der Öffentlichkeit vor. Es handelt sich - zumindest für den Wald - um den ersten Managementplan für ein FFH-Gebiet in Deutschland. Entsprechend vielfältig fiel das Echo von Seiten der Forstkollegen in den Ländern, des amtlichen Naturschutzes sowie der Waldbesitzer- und der Naturschutzverbände aus.

Von Anfang an orientierte sich die Arbeit an drei Grundprinzipien: Fachliche Qualität, Effizienz in der Durchführung und Transparenz gegenüber allen Beteiligten. Erst alle drei zusammen ergeben eine Qualität im umfassenden Sinne. Das ausdrücklich erwünschte kritische und natürlich auch das - weit überwiegend - positive Feedback beförderte und bereicherte diesen „lernenden Prozess“ erheblich. Sowohl die fachlichen Anregungen der Naturschutzbehörden und -verbände als auch die Sichtweisen der Nutzer und Nutzerverbände erwiesen sich als überaus hilfreich.

Der klare forstpolitische Standpunkt der Forstverwaltung zu Natura 2000 blieb dabei aber immer unverändert: Natura 2000 soll dem Erhalt der biologischen Vielfalt dienen, richtet sich aber nicht gegen die Bewirtschaftung und Nutzung der Wälder an sich. Ein nachhaltiger positiver Effekt für die Natur kann nur mit den Waldbesitzern und nicht gegen sie erzielt werden. Vielfach ist der heutige günstige Erhaltungszustand gerade der über Generationen hinweg pfleglichen Nutzung der Wälder zu verdanken. Die Forstverwaltung

will daher die Waldbesitzer in Natura-2000-Gebieten so wenig wie möglich und nur so viel wie tatsächlich notwendig belasten. Bei den Erhaltungsmaßnahmen erfolgt deshalb eine klare Trennung zwischen dem Notwendigen („Pflicht“) und dem Wünschenswerten („Kür“).

Wichtig war und ist dabei, dass

- im Mittelpunkt die Erhaltung (ggf. Wiederherstellung) des bestehenden günstigen Zustands steht, nicht die Entwicklung zum Besseren,
- ein spürbarer Nutzen für die Natur erzielt wird und nicht für Verwaltung oder Planungsbüros (Umsetzungsorientierung statt Planungsorientierung) und
- möglichst große Handlungsspielräume für die Bewirtschafter belassen werden, allerdings durchaus eingerahmt von festen „Leitplanken“.

Stop and Go

Der Start in die Managementplanung erfolgte mit einer vergleichsweise kleinen Mannschaft: An den vier Forstdirektionen (forstliche Mittelbehörden) waren bayernweit fünf Natura-2000-Sachbearbeiter für die Umsetzung zuständig, unterstützt durch einige Zeitangestellte als Kartierer. Eine Schlüsselrolle hat die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft bis heute inne: Sie ist Schrittmacher und Innovationsmotor und übernimmt mit der GIS³⁰-gestützten Modellierung und Verschneidung der Lebensraumtypen auch wesentliche operative Aufgaben. Das Prinzip der Arbeitsteilung über Hierarchien und Regionalgrenzen hinweg prägt bis heute die Arbeit im Team Natura 2000.

Die relativ raschen Fortschritte im Forstbereich wurden durch verschiedene Umstände immer wieder verzögert: Fehlende Fachbeiträge für die Offenlandteile verhinderten eine Zusammenführung und Auslegung der Planentwürfe. Nicht verfügbare Standortkarten erforderten erhöhten Aufwand bei Begehung der Gebiete. Die Nachmeldung von Natura-2000-Gebieten verursachte großen Arbeitsaufwand zur Unterstützung der Naturschutzverwaltung, aber auch zur Wahrung der Belange der Waldbesitzer. Massive Proteste der Nutzerverbände gegen einen zu detailliert und ambitioniert ausgefallenen

28 Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

29 Special Protection Areas (Europäisches Vogelschutzgebiet)

30 Geografisches Informationssystem

Test-Managementplan der Naturschutzverwaltung führten sogar zu einem völligen „Stopp“ der Managementplanung für die Naturschutzverwaltung. Auch die Forstverwaltung schaltete daraufhin „einen Gang herunter“ und beschränkte sich im Wesentlichen auf die Weiterbearbeitung bereits begonnener Gebiete. Die Forstreform schließlich erforderte in den Jahren 2004 und 2005 eine vollständige Umorganisation, eröffnete aber auch ganz neue Chancen.

Neues Konzept - neues Team - neue Chancen

Die Forstreform eröffnete insbesondere die Chance zu einer umfassenden Weiterentwicklung: Die fachliche Neuausrichtung sieht vor, die Schutzobjekte in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum (rund 5 Jahre) in möglichst allen Gebieten zu kartieren und zu bewerten. Aufwändigere Planungsarbeiten erfolgen vor allem dort, wo ein akuter Bedarf besteht. Dadurch wird einerseits die im Vergleich zum Offenland teilweise unzureichende Datenlage verbessert und andererseits den Bedürfnissen der Grundbesitzer nach Klarheit, Rechts- und Nutzungssicherheit Rechnung getragen. Die Forstreform ermöglichte ferner eine erheblich bessere Synchronisierung des Arbeitsvolumens und der Personalausstattung. Für begrenzte Zeit stehen in den sieben neu eingerichteten regionalen Kartierteams deutlich mehr Kartierer als früher zur Verfügung. Die wichtigsten Innovationen jedoch liegen in einer noch stärkeren Transparenz und Partizipation: Persönliche Natura-2000-Ansprechpartner an allen 47 Ämtern für Landwirtschaft und Forsten gewährleisten eine bürger- und praxisnahe Vorgehensweise. Die Sachbearbeiter organisieren Runde Tische, treffen die Entscheidungen über notwendige Erhaltungsmaßnahmen im Wald und sorgen für deren Umsetzung.

Der Runde Tisch

Allzu oft scheitert die Umsetzung gut gemeinter Pläne an fehlender Bekanntheit der Inhalte und Absichten, an mangelnder Akzeptanz bei den Betroffenen, aber auch am unterbliebenen Dialog über mögliche Alternativen und Kompromisse. Ein Plan, der es nicht schafft, aus der Schublade herauszukommen in die gelebte Wirklichkeit, ist letztlich vergebens, und sei er fachlich noch so gut. Für Natura 2000 gilt diese Problematik ganz besonders. Man denke nur an die heftigen Auseinander-

setzungen während der Meldephasen. Die Forstverwaltung möchte deshalb nicht nur auf dem Papier gute Arbeit abliefern, sondern einen konkreten praktischen Beitrag für den Erhalt der biologischen Vielfalt in den Wäldern leisten. Am Runden Tisch, so die Überlegung, können aus Betroffenen Beteiligte werden, die auf gleicher Augenhöhe miteinander umgehen, ihre Ängste und Sorgen offen legen, aber auch ihre Ideen und Möglichkeiten einbringen und so ein Stück weit den Frieden zwischen Staat, Grundbesitzern und Naturschützern wiederherstellen. Grundsätzlich wird daher für jedes Natura-2000-Gebiet ein Runder Tisch eingerichtet. Ziele sind die Beratung der verantwortlichen Fachbehörden, die Identifizierung und Lösung von Konflikten, die Vermittlung von Wissen über und Stolz auf die wertvollen Naturgüter und - aus Sicht der Grundbesitzer - auch die Zurückgewinnung und proaktive Nutzung von Handlungsspielräumen. Teilnehmen können grundsätzlich alle Grundbesitzer, Behörden und Kommunen sowie die örtlichen Naturschutz- und Nutzerverbände. Im Februar 2006 fand in Hüttenkofen bei Landshut die Auftaktveranstaltung für den ersten Runden Tisch in einem FFH-Gebiet in der Federführung der Forstverwaltung statt.

Resümee und Ausblick

Ist das Gebietsmanagement Natura 2000 im Wald in Bayern also eine Erfolgsgeschichte? Das wird man zuverlässig erst „am Ende der Geschichte“ sagen können - wenn es denn ein Ende der Geschichte gibt. Die bisherigen Erfahrungen sind jedenfalls überwiegend positiv. Die Forstverwaltung setzt deshalb auch weiterhin alles daran, durch ihre bewährten Grundsätze (Qualität, Effizienz, Transparenz und Akzeptanz), durch intensiven Dialog mit allen Beteiligten und durch die Offenheit für kontinuierliche Weiterentwicklungen gute Wald-Naturschutz-Arbeit zu leisten, ohne ihr forstliches Herkommen und ihre forstpolitischen Ziele aus den Augen zu verlieren. Sie bietet allen Beteiligten eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Gemeinsam können wir praxisgerechte Lösungen für Wald, Forstwirtschaft und Naturschutz finden. ■

Gastautor: Wolfgang Sailer, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

• **Weitere Informationen**

Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten (StMLF),
Wolfgang Sailer, Leiter des Referats
Forstpolitik und Umwelt, Ludwigstr. 2,
80539 München
Tel. 089 / 2182-0
eMail: wolfgang.sailer@stmlf.bayern.de

www.stmlf.bayern.de

Das Nationale Waldprogramm

Dialogprozess mit ungewissem Ausgang

Keine Frage: dem deutschen Wald stehen mindestens ebenso viele Probleme ins Haus wie sich Sagen und Mythen um ihn ranken. Emissionen aus Verkehr und Landwirtschaft setzen ihm genauso zu wie die Verluste an traditionellen Waldstandorten durch Straßenbau und Siedlungstätigkeit. Arten und ihre Lebensräume sind immer noch unbefriedigend geschützt - nach wie vor ist die Fortwirtschaft die Nr. 1 in den Gefährdungsursachen für waldbewohnende Tier- und Pflanzenarten. Darüber hinaus trägt der deutsche Holzmarkt mit seinen Importen Mitverantwortung für den Raubbau an den globalen Ur- und Primärwäldern.

Waldwirtschaft: Von der allgemeinen Blockade...

Nach dem Motto „Alles muss raus“ führen die leeren öffentlichen Kassen zusätzlich auch noch zu Rekord-Einschlägen in alten Wäldern, wenn nicht gleich die gesamten Waldflächen verhöckert werden. Von einer nachhaltigen Nutzung und einer ausreichenden Berücksichtigung ökologischer Belange sind wir weit, sehr weit entfernt. Bei so viel „Rücksichtslosigkeit“ müsste es deutschen Waldbewirtschaftern doch eigentlich sehr gut gehen, oder?

Aber weit gefehlt! Auch bei den klassischen Vertretern der „anderen Seite“ herrscht Klage allerorten. Landesforstverwaltungen werden mit einer rekordverdächtigen Zahl von Verwaltungsreformen überzogen und personell reduziert, um dann in Landesbetriebe umgewandelt zu werden. Die Zahl der echten Waldarbeitsplätze sinkt so immer weiter ab.

Der Waldbesitz als Sparkasse hat ausgedient. Private Waldbauern verdienen kaum oder kein Geld mehr mit dem Wald und fordern öffentliche Gelder für die von ihren Wäldern erbrachten gesellschaftlichen Leistungen (saubere Luft, sauberes Wasser, Erholungslandschaften usw.). Den Förstern ist zu viel und den Jägern zu wenig Wild im Wald und die Holzindustrie klagt über zu wenig und kaum planbare Belieferung mit Holz aus dem eigenen Land. Auch in den Säulen „Soziales“ und „Ökonomie“ herrscht also große Unzufriedenheit.

Erschwert wurde diese Situation bis zum Ende der 1990er Jahre auch noch dadurch, dass sich Waldnutzer und Naturschützer wenig zu sagen hatten. Man ging sich überwiegend aus dem Weg und pflegte die Vorstellung, dass „die anderen“ ja sowieso im Unrecht sind.

... zu einer neuen Form des Miteinander

In dieser Gemengelage trafen sich auf Einladung des Bundeslandwirtschaftsministeriums (heute BMELV) 1999 die Vertreter aller mit dem Patienten Wald beschäftigten gesellschaftlichen Akteure (Ministerien, Landesforstverwaltungen, Waldverarbeiter, Holzvermarkter, Waldbesitzer- und Naturschutzverbände, Hochschulen). Aufbauend auf den Zielen und Handlungsempfehlungen der „Agenda 21“ (1992) und der waldbezogenen Folgetreffen (Zwischenstaatlicher Waldausschuss, Zwischenstaatliches Waldforum) sollte mit einem Nationalen Waldprogramm (NWP) ein nationaler Dialogprozess in Gang gesetzt werden.

Ziel war es, erstmals gemeinsam die Situation zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten zu beraten. Offen sollte über die künftige Ausrichtung der deutschen Forstpolitik diskutiert und die übliche „Von-oben-nach-unten-Planung“ in der Forstwirtschaft ergänzt werden. Diese neue Art des Miteinander im Wald auf den Weg zu bringen und darin die Ziele des Natur- und Umweltschutzes und einer ökologisch nachhaltigen Waldbewirtschaftung in den Dialog einzubringen, waren und sind die Ziele des NABU, der diesen Prozess von Beginn an begleitet hat.

Runder Tisch formuliert Handlungsempfehlungen

In einer ersten Phase des Nationalen Waldprogramms (1999-2000) wurden dazu insgesamt fünf Handlungsfelder abgegrenzt und auf thematischen Runden Tischen jeweils inhaltlich diskutiert. Im Ergebnis wurde aber keine Zufriedenheit bei den Akteuren erreicht. Viele wichtige Fragen schienen noch nicht vollständig diskutiert und berücksichtigt. In einer zweiten Phase wurden daher zwischen 2001 und 2003 die 5 Handlungsfelder - aufbauend auf den Ergebnissen der Phase I - weiter ergänzt und vertieft und in ihre heutige Formulierung überführt:

1. Wald und internationale Zusammenarbeit / Internationaler Handel
2. Biodiversität, Waldbewirtschaftung und Naturschutz
3. Forstpolitische Instrumentenwahl
4. Ökonomische Bedeutung der Forst- und Holzwirtschaft
5. Neue Rolle(n) des Waldes?

Zu den einzelnen Handlungsfeldern wurden zudem insgesamt 182 Handlungsempfehlungen diskutiert und formuliert. Stets wurde dabei versucht, einvernehmlich akzeptierte Formulierungen zu finden. Nur in wenigen Ausnahmefällen wird durch Fußnoten auf den Dissens einzelner Akteure hingewiesen.

Partikularinteressen behindern Umsetzung

So weit, so gut. Ein erstes Monitoring der Ergebnisse des Nationalen Waldprogramms kam dann 2005 allerdings zu ernüchternden Ergebnissen. Die Umsetzungsaktivitäten der einzelnen Akteure konzentrierten sich stark auf die jeweils eigenen Anliegen. Allgemein anerkannt wurde, dass es geglückt ist, eine gemeinsame Kommunikationsplattform zu schaffen. Darüber hinaus gehende inhaltliche Ziele wurden aber kaum erreicht. Als ein Problem wurde auch die unübersichtliche Vielzahl der Handlungsempfehlungen erkannt.

In der aktuellen Arbeit geht es daher darum, die 182 Handlungsempfehlungen auf 10-12 Kernempfehlungen zu reduzieren, die im Juni 2006 auf dem inzwischen 18. Runden Tisch beschlossen werden können. Auf diesem Weg soll erreicht werden, dass aus dem Dialogprozess heraus tatsächlich die klaren Handlungsempfehlungen für die Forstpolitik gegeben werden, wie es zu Beginn des Prozesses gewünscht war.

17 absolvierte Runden Tische und 182 Handlungsempfehlungen stehen für eine Menge Arbeit und für viel investierte Zeit der etwa 80 Akteure. Stellt man sich der Frage, was unter dem Strich bisher erreicht wurde, so ergibt sich ein unklares Bild.

Naturschutzziele bisher kaum erreicht

Das Verständnis für die Schwierigkeiten und Sorgen der einzelnen Akteure ist im Rahmen des Dialogprozesses sicher deutlich gewachsen. Nicht beschönigt werden

kann allerdings, dass konkrete inhaltliche Ziele des Natur- und Umweltschutzes bisher kaum erreicht wurden. Ein Grund dafür ist z. B. das Scheitern etlicher Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode (Novelle Bundeswaldgesetz und Bundesjagdgesetz, Urwaldschutzgesetz, Neuordnung Beschaffungswesen ...).

Für klarere Botschaften an und in die Politik ist die beabsichtigte Bündelung der Handlungsempfehlungen in konkret formulierten Kernempfehlungen sicher ein wichtiger Schritt. Wirken können sie allerdings nur dann, wenn sie von allen Akteuren des Nationalen Waldprogramms getragen werden.

Rückfall in alte Konfliktmuster oder Wille zum Kompromiss?

Nachdenklich stimmt auf dem Weg dahin allerdings, dass sich die Akteure außerhalb des Dialogs im Nationalen Waldprogramm bisher kaum angenähert haben. Es stellt sich die Frage, was die bisher gemeinsam erarbeiteten Handlungsempfehlungen Wert sein können, wenn die Akteure bei etlichen Gelegenheiten unverändert ihre ureigensten Forderungen in den Raum stellen und in die tradierten Konfliktkonstellationen zurückweichen. Deutlich wird, dass mit der Formulierung der Kernempfehlungen die entscheidende Nadelprobe bevorsteht, denn einige der 182 Handlungsempfehlungen sind inhaltlich nur schwer miteinander in Einklang zu bringen. Es wird den Akteuren ein hohes Maß an Kompromissfähigkeit abverlangt, tatsächlich einen tragfähigen Formulierungsvorschlag für Kernempfehlungen zu entwickeln. Aus der Sicht des Natur- und Umweltschutzes geht es dabei auch um die Glaubwürdigkeit des gesamten Prozesses. Die Ziele des Natur- und Umweltschutzes und ökologisch nachhaltiger Waldwirtschaft müssen sich in diesen Kernempfehlungen klar erkennen lassen.

Würde der Prozess im Sommer 2006 allerdings an der Formulierung der Kernempfehlungen scheitern, so wäre dies ein fatales Signal. Der gesammelte deutsche Fachverstand zum Wald hätte es dann in einem siebenjährigen Prozess letztlich nicht geschafft, sich auf konkrete Handlungsempfehlungen an die Politik zu einigen. Eine Leistung, mit der wohl weder

national noch international zu beeindrucken wäre. ■

Gastautor: Jörg-Andreas Krüger, NABU

• **Weitere Informationen**

Naturschutzbund (NABU), Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik Jörg-Andreas Krüger, Invalidenstraße 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-24, Fax -84
eMail: joerg.krueger@nabu.de
www.nabu.de

Nationales Waldprogramm:
NWP-Sekretariat im Bundesverbraucherministerium (BMVEL), Referat 534 Nachhaltige Forstwirtschaft, Matthias Schwoerer, Hermann Wiemers, Postfach 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-3467, Fax -4276
eMail: 534@bmvvel.bund.de
www.nwp-online.de

FSC-Zertifikate für deutsche Wälder

Analyse der Zertifizierungsberichte belegt zahlreiche positive Effekte

Zertifizierungen nach dem FSC³¹-Standard verbessern wesentlich die Biodiversität, die Bewirtschaftungsplanung und -sicherheit sowie die Arbeitnehmerrechte von Waldarbeitern. Dies konnte eine WWF-Studie³² im Rahmen einer systematischen Analyse der Zertifizierungsberichte belegen. Die Daten für die Studie wurden in Estland, Lettland, Russland, Schweden, Großbritannien und Deutschland erhoben. Die Studie basiert auf einer Analyse der Auflagen und Bedingungen, so genannten „Corrective Action Requests (CAR)“, welche die Zertifizierer bei der jährlich stattfindenden Überprüfung der Forstbetriebe stellen. CARs werden verhängt, wenn ein FSC-zertifiziertes Unternehmen soziale, ökologische oder wirtschaftliche Kriterien missachtet oder gar verletzt. Diese sind in den Zertifizierungsberichten aufgeführt, die auf den Internetseiten der Zertifizierer öffentlich verfügbar sind.

Analyse der Zertifizierungsberichte in Deutschland

Die deutsche Forstwirtschaft wird oftmals per se als nachhaltig bezeichnet und somit folglich behauptet, dass eine FSC-Zertifizierung keine weiteren Verbesserungen bringen würde. Die durchgeführte Studie zeigt jedoch klare Unterschiede zwischen der in Deutschland praktizierten „ordnungsgemäßen“ Forstwirtschaft und einer ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Waldbewirtschaftung nach den FSC-Richtlinien.

In Deutschland sind 67 Forstbetriebe mit einer Gesamtfläche von rund 510.000 Hektar FSC-zertifiziert. Das entspricht einem Anteil von knapp 5 Prozent der Waldfläche. Dabei sind staatliche Wälder mit 40 Prozent und Körperschaftswälder mit 47 Prozent deutlich stärker vertreten als private Forstbetriebe mit nur 8 Prozent. Bei

3 Prozent der Zertifikate handelt es sich um Gruppen von privaten und öffentlichen Forstbetrieben.

Insgesamt wurden 1.375 Auflagen und Bedingungen gestellt. Die Mehrzahl davon (58 Prozent) betraf den ökologischen Bereich. Verbesserungen im sozialen Bereich wurden von 18 Prozent der Auflagen gefordert. 24 Prozent der Auflagen beanstandeten Mängel im wirtschaftlichen Bereich.

Ökologische Verbesserungen

Ein Schwerpunkt der ökologischen Auflagen sind Mängel im Boden- und Wasserschutz. Diese wurde durch die FSC-Zertifizierung auf einer Gesamtfläche von knapp 440.000 Hektar maßgeblich verbessert. Der Hauptkritikpunkt ist die Verdichtung des Waldbodens bei Maschineneinsatz, die nunmehr durch ein angepasstes Feinerschließungssystem und ein verbessertes Bewusstsein für die Gefährdung verhindert wird. Daneben verringert das Verbot der Düngung und der großflächigen Bodenbearbeitung die Belastung des Grund- und Oberflächenwassers durch Nährstoffeintrag. Vorbeugend mitgeführte Sicherheitsausrüstungen sowie die Umstellung auf Bioöl verhindern, dass das Trinkwasser durch Ölverschmutzung gefährdet wird.

Deutlich mehr Arten in FSC-Wäldern

Die Biodiversität wurde durch die FSC-Zertifizierung auf einer Waldfläche von knapp 475.000 Hektar gesteigert. Allein der höhere Totholzanteil hat die Lebensraumqualität für bis zu einem Drittel aller im Wald heimischen Tier- und Pflanzenarten bedeutend gesteigert. Gefährdete Pilzarten werden vor einer Übernutzung geschützt und können so weiterhin ihre lebenswichtigen Funktionen für das Ökosystem Wald erfüllen. So wird zum Beispiel bei einer drohenden Übernutzung durch Pilzsuchende ein zeitlich begrenztes Verbot des Pilzesammelns durch den Waldbesitzer ausgesprochen. Die Bewirtschaftungsmaßnahmen in Schutzgebieten, Biotopen und Wäldern mit hohem Schutzwert werden an den Schutzzweck angepasst.

Die FSC-Zertifizierung hat den Aufbau naturnaher, stabiler und artenreicher Waldökosysteme auf einer Fläche von mehr als 460.000 Hektar gefördert. Als Orientierung dient die ungestörte natürliche Waldentwicklung auf Referenzflächen, durch

deren Ausweisung die unbewirtschaftete Waldfläche in Deutschland erheblich gesteigert wird. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Naturverjüngung gefördert und Kahlschläge verboten. Die Stabilität der Wälder wird durch die beschleunigte Überführung von Reinbeständen in naturnahe Mischwälder erheblich gestärkt.

Der Konflikt Wald - Wild

Der Konflikt zwischen Wald und Wild ist eines der größten Probleme in der deutschen Forstwirtschaft. Durch die FSC-Zertifizierung wurden die Wildschäden auf über 375.000 Hektar Waldfläche auf ein ökologisch vertretbares Maß reduziert. Dadurch kann das waldbauliche Ziel erreicht werden, einen naturnahen und artenreichen Mischwald mit einem hohen Laubholzanteil aufzubauen. Die Wildbestände werden so reguliert, dass die Verjüngung der Baumarten natürlicher Waldgesellschaften ohne Hilfsmittel möglich wird. Die traditionelle Forstwirtschaft setzt dagegen nach wie vor in großem Umfang Zäune und künstliche Verjüngung ein.

Durch die FSC-Zertifizierung wurde der vermeidbare Pestizideinsatz im Wald beendet. Im Wald gelagertes Holz wird rechtzeitig abtransportiert, sodass die zuvor verbreitete vorbeugende Behandlung mit Pestiziden überflüssig wird. Der Verjüngungshemmenden Vergrasung wird statt mit Herbiziden nunmehr mit waldbaulichen Maßnahmen wie einer geringeren Kronenaufflichtung in gefährdeten Beständen entgegengewirkt.

Verbesserungen im sozialen Bereich

Aufgrund der hohen sozialen Standards in Deutschland gab es im sozialen Bereich mit 19 Prozent der Auflagen die geringsten Beanstandungen. Die FSC-Zertifizierung erhöhte die Sicherheit im Wald für Beschäftigte und Waldbesucher. Verbesserte Absperrungen bei Fällarbeiten verhindern, dass Waldbesucher zu Schaden kommen. Regelmäßige und dokumentierte Kontrollen der Bäume entlang von Straßen und Wegen erhöhen die Verkehrssicherheit für die Öffentlichkeit und die Rechtssicherheit für den Waldbesitzer. Die FSC-Zertifizierung verhindert Schwarzarbeit und die Hinterziehung von Sozialabgaben. Die Haftung für Schäden, die Unternehmer bei der Waldarbeit verursachen können, ist sichergestellt. Bei Unternehmereinsätzen wird die Einhaltung der sozialen und gesetzlichen Vorgaben sowie

31 Forest Stewardship Council, internationale gemeinnützige Organisation mit Sitz in Bonn und nationalen Arbeitsgruppen in 35 Ländern. 1993 gegründet, um die Rio-Forderungen nach nachhaltiger Entwicklung für Wälder umzusetzen. Wird von Umweltorganisationen (WWF, Robin Wood, Greenpeace, NABU u.a.), Sozialverbänden (IG BAU, IG Metall u.a.) und Unternehmen unterstützt.

32 „The Effects of FSC-Certification - An Analysis of Corrective Action Requests“

eine Haftpflichtversicherung vertraglich festgeschrieben und verstärkt kontrolliert.

Die FSC-Zertifizierung fördert die ländliche Entwicklung, indem öffentliche Forstbetriebe das Angebot lokaler Unternehmer bei der Auftragsvergabe verstärkt berücksichtigen.

Ökonomische Veränderungen

Der Wirtschaftsplan stellt grundsätzlich die Ableitung einer langfristigen Strategie der Waldentwicklung dar. Diese fordert eine naturgemäße Entwicklung, also ein Wirtschaften mit der Natur statt gegen die Natur. Das langfristige Ziel ist die Erhöhung natürlicher Waldelemente. Maßgebliche Unterschiede sind zum Beispiel die Erfassung von Totholz sowie die Entwicklung einer Strategie zur Erhöhung von dessen Anteil. Des Weiteren werden in den FSC-zertifizierten Betrieben auch Strategien im sozialen Bereich, zum Beispiel zur Reduzierung von Unfällen, entwickelt.

Vielfach musste der Bewirtschaftungsplan überarbeitet werden, um die Anforderungen der FSC-Zertifizierung umsetzen zu können. Besonders bei der Inventur müssen ökologische und soziale Kriterien verstärkt erfasst werden. In einigen Forstbetrieben war allerdings der Bewirtschaftungsplan insgesamt veraltet, fehlerhaft oder nicht vorhanden, daneben fehlten Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung wie die Festlegung von Betriebszielen oder die Herleitung des nachhaltigen jährlichen Holzeinschlags.

In öffentlichen Forstbetrieben wurde durch bessere Vermarktung und Buchhaltung die Wirtschaftlichkeit gesteigert, ohne dabei ökologische und soziale Aspekte zu vernachlässigen.

Um die Glaubwürdigkeit des FSC-Gütesiegels zu bewahren und Missbrauchsfälle auszuschließen, muss jedes zertifizierte Produkt zu seinem Ursprung zurückverfolgbar sein. Ein Drittel der wirtschaftlichen Auflagen verbesserten die eindeutige Kennzeichnung der zertifizierten Produkte einschließlich der Begleitdokumente und gewährleisten die korrekte Verwendung des FSC-Logos entsprechend der Richtlinien.

Fazit

Es bleibt festzuhalten, dass eine FSC-Zertifizierung auch in Ländern wie Deutschland, die im internationalen Vergleich eine relativ gute Waldbewirtschaftung umsetzen, zu bedeutenden Verbesserungen in der Waldbewirtschaftung führt. ■

Gastautorin: Nina Grieshammer und Peter Hirschberger, WWF

• Weitere Informationen

WWF Deutschland, Forstreferentin Nina Grieshammer, Rebstöcker Straße 55, 60326 Frankfurt/M.
Tel. 069-79144194, Fax -617221
eMail: grieshammer@wwf.de
www.wwf.de

WWF Österreich, Peter Hirschberger, Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien, Österreich
Tel. 0043 14 / 8817217
eMail: peter.hirschberger@wwf.at
www.wwf.at

Holzprodukte aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung: Das FSC-Gütesiegel

Kriterien für FSC-Wälder

1. Einhaltung aller relevanten nationalen und internationalen rechtlichen Normen und FSC-Prinzipien
2. Besitzansprüche, Landnutzungsrechte, Verantwortlichkeiten klar definiert, dokumentiert und rechtlich verankert
3. Rechte indigener Völker sind anzuerkennen
4. Gute Beziehungen zur lokalen Bevölkerung und Wahrung der Arbeitnehmerrechte
5. effiziente Nutzung der Waldprodukte und -Leistungen
6. Keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt
7. Erstellung eines angemessenen Bewirtschaftungsplans
8. Kontrolle und Bewertung des Waldzustands, der Erträge, der Produktkette und der sozialen und ökologischen Auswirkungen
9. Erhaltung von Wäldern mit hohem Schutzwert
10. Plantagen zur Ergänzung von Naturwäldern, um Nachfrage nach Forstprodukten zu befriedigen

Durchführungsorganisationen

Die Zertifizierung wird von verschiedenen Organisationen durchgeführt, die von FSC dazu akkreditiert worden sind. Es wurde also die bestehende Fähigkeit, eine Zertifizierung vorzunehmen, überprüft. Nach der Überprüfung der FSC-Kriterien wird das FSC-Zertifikat vergeben, oder bestimmte Auflagen erteilt, die bis zur Zertifizierung erfüllt sein müssen.

Produktkette

FSC bemüht sich darüber hinaus, die Produktkette - vom Rohstoff Holz bis hin zum Endprodukt z. B. Papier - transparent zu machen. Allerdings ist diese Kette noch lange nicht geschlossen. Untersuchungen zeigen, dass nur 17 Prozent des geernteten FSC-Holzes auch noch als Endprodukt das Siegel tragen, während 83 Prozent mit herkömmlich erwirtschaftetem Holz zusammen geworfen und verarbeitet werden. Den Endprodukten sieht man ihren Ursprung aus dem FSC zertifiziertem Wald nicht an. (ut)



EU-Rundschreiben und EU-Koordination im Internet

www.eu-koordination.de

...heißt die jetzt neu gestaltete Internetseite der EU-Koordination des DNR. Hier finden Sie dieses und alle früheren EUR-Sonderhefte (siehe rechts) zum kostenlosen Download als PDF-Dateien. Außerdem gibt es ein EUR-Themenarchiv sowie Informationen über Projekte, Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen. Die Seite ist nach den verschiedenen Umweltthemen gegliedert.

www.dnr.de/eur

Auf der Seite des EU-Rundschreibens können Sie dieses und alle früheren EUR-Sonderhefte, Auszüge aus dem aktuellen EU-Rundschreiben und die vollständigen früheren Ausgaben ab Januar 2000 herunterladen.

Aktuelle Informationen per eMail

Kostenlose Umwelt-Mailinglisten und Newsletter

Aktuelle und unabhängige Meldungen zu EU-Umweltpolitik für die Umwelt relevanten Themen sendet der DNR Info-Service per eMail zu. DNR-Mitglieder und Abonnent/innen können im Internet bestellen: www.dnr.de/infoservice

Vom DNR-Redaktionsbüro zusammengestellte und geprüfte Übersicht weiterer eMail-Dienste zu verschiedenen Umweltthemen:

www.dnr.de/umweltinfo

Die Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Titel/Thema	Ausgabe
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ...alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Dateien, 200-500 kB):

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)

oder

www.eu-koordination.de („Publikationen“)